

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

15 (18.1.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Forzheim, Westliche 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 68, Ruf 2419.

Volkzeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Stadt Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S. 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Aus dem Inhalt:

Man nennt das „Liberalisierung“

203 400 Erwerbslose auf dem Papier verschwunden Internierungslager werden aufgelöst

Wer erhält den Stahlauftrag der Volksrepublik China?

Jahrgang 5 / Nr. 15

Mittwoch, 18. Januar 1950

Preis 15 Pf.

Deutsche Delegation nach Peking

Der große Unterschied zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem westdeutschen Separatstück

Bonn. (Nach dpa u. EB) In wenigen Tagen wird eine Handelsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik nach Peking reisen, um Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit der chinesischen Volksrepublik abzuschließen. Es ist dies eine Meldung, die einen deutlichen Unterschied aufweist mit der, die wir kürzlich aus Westdeutschland vernahmen, wonach die westlichen Alliierten Firmen im Ruhrgebiet die Lieferungen von Eisenbahnschienen nach China verboten haben.

Ein Handelsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und China wird dem deutschen Handel die Möglichkeit zu einer großzügigen Steigerung seiner Ausfuhr geben. Nach einer Erklärung des Leiters der Hauptabteilung Handel im Wirtschaftsministerium der Deutschen Demokratischen Republik, Orlopp, hat sich bereits im vergangenen Jahr der Handel gegenüber 1948 verdoppelt. Es bestanden mit allen europäischen Staaten, ausgenommen die faschistischen Länder Spanien und Griechenland, Handelsbeziehungen. Besonders erfolgreich gestaltete sich der Handel mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratien.

Das neue China setzt sich durch

Großbritannien, Pakistan, Ceylon, Norwegen, Dänemark, Finnland, Burma, Indien und Schweden haben bis jetzt neben der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratien die Peking Regierung in China anerkannt. Das holländische Außenministerium gibt bekannt, daß es gleichfalls in Kürze die Volksrepublik China anerkennt wird.

Die Volksrepublik China sah sich nicht mehr länger imstande, die Konsulate der Staaten in China bestehen zu lassen, die die Regierung der Volksrepublik nicht anerkannt haben. Die Peking Regierung hat die amerikanischen, französischen und holländischen Konsulate besetzen lassen. Das amerikanische Personal mußte bereits China verlassen.

Die Maßnahmen der Regierung Mao Tse Tungs haben erneut der amerikanischen Öffentlichkeit vor Augen geführt, wie groß die Niederlage der amerikanischen Regierung im Fernen Osten ist. Der republikanische Senator William Knowland in Washington forderte den Rücktritt derjenigen Beamten des amerikanischen Außenministeriums, die für die Fernostpolitik verantwortlich sind.

Es ist bekannt, daß die Republikanische Partei angesichts der völligen Ohnmacht des USA-Imperialismus gegenüber dem revolutionären China den Standpunkt vertritt, daß man zum Mittel der militärischen Intervention greifen solle. Auf diesem Boden erfolgt die Kritik an der Politik Trumans und Achesons. Es zeigt sich darin, daß je mehr der Imperialismus in der Welt an Boden

verliert, er zu seinem letzten Mittel, einem neuen Weltkrieg, Zuflucht nehmen möchte.

Mao bleibt in Moskau

Mao Tse Tung, der Führer der chinesischen Volksrepublik, wird noch einige Wochen in Moskau bleiben, um alle Fragen im Zusammenhang mit dem Sowjetisch-Chinesischen Pakt, einer sowjetischen Anleihe für China und den Handelsbeziehungen zwischen China und der Sowjetunion eingehend zu erörtern.

13 Schiffe gehen über

Hongkong. 13 Schiffe der „China Merchant Steam Compagnie“ gingen von den Nationalisten zu den Kommunisten über. 80 weitere

Schiffe werden dem Beispiel folgen, wie ein Sprecher der Gesellschaft in Hongkong erklärte. (nach afp)

Sowjetische Vertreter verlassen UN-Ausschüsse

Berlin. (EB) Aus Protest gegen die Anwesenheit des Kuomintang-Delegierten verließ der Vertreter der Sowjetunion, Kamenew, am Montag die Sitzung des Verfahrensausschusses des Wirtschafts- und Sozialrates der UN. Der Delegierte der CSR, Houdek, verließ ebenfalls die Sitzung.

Im Untersuchungsausschuß des Wirtschafts- und Sozialrates zur Lösung der Flüchtlingsfrage stellte der sowjetische Delegierte Klimow am Montag den Antrag, den Kuomintang-Delegierten auszuschließen. Nachdem der Antrag abgelehnt worden war, erklärte Klimow, daß er erst wieder an den Sitzungen teilnehmen werde, wenn der Kuomintang-Delegierte abgereist sei. Der polnische Delegierte, der zusammen mit der Sowjetunion für die Annahme des Antrages

Ganz Deutschland richtet den Blick nach Hannover

Max Reimann kommt am Donnerstag nach Hannover - Protestkundgebung in der Niedersachsenhalle muß zu einem wuchtigen Bekenntnis für die Grundrechte des deutschen Volkes werden

Hannover. (Eig. Ber.) Das Verteidigungskomitee im Demonstergestop-Prozess hat die deutsche Bevölkerung zu einer großen Kundgebung eingeladen, die am Donnerstag, 19. Januar 1950, 19.30 Uhr, in der Niedersachsenhalle stattfinden wird. Unter den Losungen: „Deutsches Recht für die Deutschen“, „Für Pressefreiheit“, „Für Demontagestop“, „Für Wahrung der Immunität deutscher Abgeordneter“ wird diese Kundgebung ein eindrucksvolles Bekenntnis zu den Grundrechten des deutschen Volkes werden. Namhafte Persönlichkeiten aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben Deutschlands sind eingeladen worden. Viele von ihnen haben bereits ihre Teilnahme zugesagt, u. a. auch der 1. Vorsitzende der KPD, Max Reimann, der als Sprecher des deutschen Volkes bekannt und geschätzt ist. In einem Schreiben an das Verteidigungskomitee erklärte Max Reimann, daß er es als seine selbstverständliche Pflicht betrachtet, gegen die jetzt noch durchgeführten Demontagen, gegen die Beeinträchtigung der Pressefreiheit und der anderen Grundrechte zu protestieren.

„Die acht angeklagten Redakteure und Arbeiterfunktionäre“, so heißt es in dem Schreiben, „haben die vollste Unterstützung des deutschen Volkes. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln werden auch wir für die Niederschlagung des Prozesses eintreten und darüber hinaus den Kampf für Einheit, Unabhängigkeit und für einen gerechten Frieden entschlossen und unachgiebig weiterführen.“

Am Donnerstag, 19. Januar 1950, sind die Blicke ganz Deutschlands auf Hannover gerichtet.

Unterschieden von der Betriebsvertretung Der Betriebsrat und die Vertrauensmänner

der AEG-Fabrik Mülheim-Ruhr (1100 Mann Belegschaft) protestieren gegen die Anklage u. a. mit folgenden Worten:

„Wir sind der Auffassung, daß kein Deutscher bestraft werden darf, wenn er sich gegen Maßnahmen wehrt, die Tausenden von Arbeitern und Angestellten mit ihren Familien Arbeitslosigkeit und damit Not und Verzweiflung bringen. Wir halten es im Gegenteil für unsere Pflicht, das Vorgehen dieser verantwortungsvollen Deutschen voll und ganz zu unterstützen.“

Die Sicherheit gegenüber unseren Nachbarn garantieren die in den Gewerkschaften und sonstigen fortschrittlichen Organisationen zusammengefaßten Arbeitnehmer, die ein friedliches Zusammenleben unter den Völkern wirksam machen werden. (11. 1. 50 Mülheim-Ruhr) — Unterzeichnet von Betriebsrat und Obmann der Gewerkschaften.

Die gesamte Presse ist angegriffen

Deutsche Journalisten erkennen die Gefährdung der demokratischen Pressefreiheit

Detmold. (EB) In einem Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Lippeischer Journalisten worin zum Demontagestop-Prozess Stellung genommen wird, heißt es u. a.: Wir sehen überhaupt in der Tatsache, daß aus diesem Grunde (berechtigter Kampf gegen die Demontage, d. Red.) Anklage gegen Vertreter der Presse erhoben wird, eine Beschneidung der Pressefreiheit und der freien Meinungsäußerung. Die Anklageerhebung — wird weiter erklärt — habe bei ihnen größtes Befremden hervorgerufen. Sie geben der Erwartung Ausdruck, daß es überhaupt nicht zur Durchführung des Prozesses kommt. Als Zeichen ihrer Zustimmung überwiegt die Arbeitsgemeinschaft dem Verteidigungskomitee einen Betrag von 50 DM.

Die im Verband der deutschen Presse zusammengeschlossenen Journalisten der Stadt Dresden erheben in einer Entschlossenheit schärfsten Protest gegen den Versuch, jede freie Meinungsäußerung der demokratischen Presse zu unterdrücken. Sie fordern die Einstellung des Verfahrens und die Aufhebung des Verbots der „Volksstimme“.

Französischer Ozeanriese am Ausfahren gehindert

Die Besatzung der „Ile de France“ im Streik — Le Havres Hafnarbeiter solidarisch

Paris. Der französische Ozeanriese „Ile de France“ konnte am Sonntag nicht aus dem Hafen Le Havre auslaufen, weil die Besatzung des Schiffes in den Streik getreten war. Die Reederei beschloß, die Besatzung zu entlassen. Es ist zu erwarten, daß sich der Streik auch auf andere Schiffe ausdehnt.

Der französische Gewerkschaftsbund (CGT) forderte die Seeleute im Dienst der Schiffsahrtsgesellschaft „Compagnie Generale Transatlantique“ auf, den Streik ihrer Kollegen von der „Ile de France“ mit allen ihnen geeignet erscheinenden Mitteln zu unterstützen. 95 Prozent der Seeleute dieser Gesellschaft sind im CGT organisiert.

Die aus 800 Mann bestehende Besatzung des Ozeanriesen „Ile de France“ ist wegen

gestimmt hatte, verließ mit ihm zusammen das Sitzungszimmer. Auch im Unterausschuß zum Schutz der Minderheiten verließ der sowjetische Delegierte aus Protest gegen die Anwesenheit des Kuomintang-Delegierten den Sitzungssaal.

Die KP Frankreichs fordert Teuerungszulage

Berlin. (EB) Das Politbüro der Kommunistischen Partei Frankreichs beschloß auf seiner Sitzung am Samstag, von der Regierung die Zahlung einer monatlichen Teuerungszulage von 3000 Francs an alle Werktätigen zu fordern. Die kommunistische Parlamentsfraktion wurde beauftragt, der Nationalversammlung umgehend einen entsprechenden Antrag zur Beschlußfassung zu unterbreiten. „... verdient die Bewunderung“

US-Kohlenbergarbeiter streiken weiter

Pittsburgh. Ueber 55 000 Grubenarbeiter in den Kohlenbergwerken amerikanischer Stahlfirmen setzen ihren Streik unter der Parole „Kein Vertrag — keine Arbeit“ weiter fort, trotzdem der Vorsitzende der amerikanischen Bergarbeitergewerkschaft, John Lewis, sie aufgefordert hatte, ihren Streik

Die 13köpfige Belegschaft der Redaktion und des Verlages der „Nordbayerischen Volkszeitung“ Nürnberg führte eine Sammlung für den Verteidigungsfonds im Demontagestop-Prozess durch und überwies einen Betrag von 154 DM.

Aus allen Teilen Deutschlands treffen Schreiben von Journalisten und Redakteuren ein, die dem Kampf für die Pressefreiheit ihre vollste Unterstützung zusagen und die sich voll und ganz hinter die acht angeklagten Redakteure der „Niedersächsischen Volksstimme“ stellen.

„Ein Teil des nationalen Befreiungskampfes“

Magdeburg. (EB) „Der Kampf gegen den britischen Schauprozeß in Hannover ist ein Teil des Kampfes um die Befreiung Westdeutschlands“, erklärte einer der von der britischen Militärregierung angeklagten Redakteure der verbotenen „Niedersächsischen Volksstimme“ in Magdeburg. Der Prozeß werde zu einer Mahnung für die Millionenfront der patriotisch gesinnten Deutschen in Ost und West, den Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens zu verstärken.

Dr. Klaus Boemer, der sich in einem Leitartikel der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ mit dem Prozeß befaßt, schreibt u. a.:

„Alle freiheitlich gesinnten Deutschen sahen in diesem britischen Schritt mit Recht eine Gefährdung der Pressefreiheit. Ueberhaupt ist dieses Prinzip für die Erhaltung einer jeden Demokratie von so grundsätzlicher Bedeutung, daß seine Erschütterung durch das Eingreifen einer Besatzungsmacht zu schwersten Bedenken Anlaß geben mußte.“

Gewerkschaften und Betriebe in Front

IG Holz, Verwaltungsstelle Warmstedt (Holstein) hat am 11. Januar 1950 in ihrer Jahreshauptversammlung gegen den Demontagestop-Prozess protestiert. Die Angeklagten haben sich für die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Bevölkerung eingesetzt. Wir erklären uns mit den Angeklagten solidarisch und stellen dem Verteidigungsfonds 20 DM zur Verfügung.

Im Namen von 120 000 organisierten Mitgliedern protestiert der Kreisvorstand des

einzustellen und an drei Tagen zu arbeiten. 244 000 Kohlenbergarbeiter in West-Pennsylvanien und West-Virginien arbeiten seit Monaten nur 3 Tage in der Woche.

Immer noch zu viel

Berlin. (dpa) Die im Spandauer Gefängnis untergebrachten sieben Hauptkriegsverbrecher Heß, Dönitz, Raeder, von Neurath, von Schirach, Funk und Speer kosten Berlin künftig 250 000 Mark im Jahr. Bisher waren es 450 000 Mark.

2521 Kommunisten ohne Gerichtsverfahren in Haft

Neu Delhi. (ap) Die indische Regierung gab bekannt, daß sich in Indien am 15. Dezember 2521 noch nicht vernommene Kommunisten in Haft befanden. Diese Zahlen schließen nicht die Fürstenstaaten ein. Allein in Haidarabad sollen über 3000 Kommunisten verhaftet worden sein.

Cyprern will frei sein

Berlin. (Eig. Ber.) Am Sonntag fand auf der Insel Cypern eine von Großbritannien nicht genehmigte Volksabstimmung statt. In der Volksabstimmung wird die endgültige Lösung Cyperns von Großbritannien gefordert. Die Kommunistische Partei Cyperns unterstützt diese Volksabstimmung. Die Wahlen sind in den orthodoxen Kirchen abgestellt.

FDGB Halle-Saalekreis und erklärt sich solidarisch mit den acht Arbeiterfunktionären in Hannover.

Ebenso schreibt die Belegschaft der Betriebsfeuerwehr aus Mansfeld und die Belegschafts- und Gewerkschaftsleitung der Kali-Werke Aschersleben.

Eine lange Entscheidung vom 11. Januar 1950 liegt vor vom Fortschrittsschacht der VVB Mansfeld.

Im Braunschweiger Kohlenbergwerk Helmstedt (BKB), in welchem ca. 8000 Kumpels beschäftigt sind, hat der Betriebsrat beschlossen, zusammen mit den Vertrauensleuten der Gewerkschaft IG Bergbau die Solidarität mit den Angeklagten im Demontagestop-Prozess dadurch zu beweisen, daß sie eine Sammlung für den Verteidigungsfonds in allen Abteilungen des großen Werkes durchzuführen.

Die Mitglieder des Ortskartells des DGB haben ebenfalls eine solidäre Haltung betont und haben in einer Gewerkschaftskartellsitzung den Protest gegen den Prozeß zum Ausdruck gebracht.

Gelsenkirchen-Horst, den 13. Januar 1950: Der Betriebsrat der Gelsenberg-Benzin-AG bittet Sie, den bevorstehenden Prozeß gegen die acht angeklagten deutschen Pressevertreter niederzuschlagen, da sie die ihnen zur Last gelegten Handlungen zur Abwendung der Demontagegefahr für Watenstedt-Salgitter nur im Interesse der arbeitenden deutschen Bevölkerung begangen haben. Wir hoffen und wünschen ernstlich, daß die Angelegenheit im gütlichen Einvernehmen geregelt wird.

Der Gesamtbetriebsrat des Städtischen Elektrizitätswerkes in Gießen ist empört über die Anklage und erklärt sich mit den Angeklagten solidarisch, weil sie die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Existenz tausender deutscher Arbeiter für notwendig erklärt haben.

Jungaktivisten helfen beim Wiederaufbau Berlins

Berlin. (EB) Die Jungaktivisten der FDJ aus den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik werden helfen, die Hauptstadt Deutschlands wieder aufzubauen. Die ersten Einsatzbrigaden trafen bereits in Berlin ein. Zuerst werden drei große Sportanlagen in Angriff genommen. Dann werden die Jugendlichen an anderen Baulichkeiten mitarbeiten. Nach sechs Wochen Arbeit werden sie von anderen Brigaden abgelöst.

Poinische Transportarbeiter grüßen französische Seeleute

Berlin. (EB) Der entschlossene Widerstand der französischen Seeleute und Hafnarbeiter gegen die Fortführung des imperialistischen Krieges in Vietnam verdiente Bewunderung und verlange solidarischen Handelns heißt es in einer Grußadresse der polnischen Transportarbeitergewerkschaft an die französische Seeleute- und Hafnarbeitergewerkschaft, in der die Besatzung der „Pasteur“ und die Hafnarbeiter Marseilles, St. Nazaires und Dünkirchen besonders genannt werden. „Eure Erfolge“, so schließt die Grußadresse, „sind auch Erfolge des internationalen Proletariats, sie werden beitragen zur Festigung des Weltfriedens und zur Verbesserung der Lage der Werktätigen in Frankreich.“

Am Streiflicht gesehen

Vier Kinder durch Injektionen gestorben

Bologna. Nach Injektionen mit verdünntem Streptomycin, das in einem Krankenhaus in Bologna gegen tuberkulöse Hirnhautentzündung an elf Kinder verabfolgt worden war, starben vier Kinder. Das Unglück wird auf Anwendung eines falschen Verdünnungsmittels zurückgeführt. Dieser soll sich, obwohl an sich ungiftig, mit dem Streptomycin nicht vertragen haben. (Nach Reuter)

Im Dusel großen Dusel

Paris. Bei nebligem Wetter überfuhr ein Auto zwischen Lure und Besancon in langsamer Fahrt einen mitten auf der Straße schlafenden Mann. Dieser wurde unter dem Wagen eingeklemmt, daß das Fahrzeug gehoben werden mußte, damit er befreit werden konnte. Der Ueberfahrene war unverletzt. Er erhielt von der Polizei ein Strafmandat wegen Trunkenheit und Schlafens auf der Verkehrsstraße. (Nach Reuter)

„Kein Lepra-Fall mehr hoffnungslos“

London. „Kein Lepra-Fall ist bei den neuesten Arzneien mehr hoffnungslos“, erklärte ein britischer Offizier im BBC und wandte sich dabei an die drei Millionen Lepra-Kranken im britischen Commonwealth. Er selbst sei geheilt worden, nachdem er bereits jede Hoffnung aufgegeben hatte. Vorläufig könne nur jeder Zehnte behandelt werden, da die Drogen so rar sind. Die Heilungsmöglichkeiten wüchsen aber ständig. (Nach Reuter)

Bei 46 Grad unter Null

Moskau. Die Kälteperiode, die seit ungefähr 14 Tagen die Sowjetunion beherrscht, hat Temperaturen von unter 46 Grad Minus erreicht. Ein neuer Temperatursturz wird erwartet. (Nach afp)

Wieder Menschen in Schneestürmen umgekommen

Chicago. Die heftigen Schneestürme der letzten Tage und ein starker Temperatursturz in den USA haben im Mittelwesten nahezu 50 Todesopfer gefordert. Im Nordwesten der Vereinigten Staaten kamen 13

Personen ums Leben. Zehn Personen werden vermißt. (Nach ins.)

Neuer Ausländerüberfall auf Taxifahrer

München. Drei Ausländer überfielen einen Münchener Taxifahrer und raubten ihn. Der Fahrer setzte sich mit einem Taschenmesser zur Wehr und brachte einem der Täter mehrere Stiche in die Hand bei.

Die Bankräuber waren amerikanische Soldaten

Bremerhaven. Die Bremerhavener Kriminalpolizei und amerikanische Dienststellen teilten mit, daß der Bankraub am Freitag in Bremerhaven von zwei amerikanischen Soldaten im Alter von 18 und 19 Jahren verübt wurde. Von den rund 90 000 DM, die sie aus der Kasse der Norddeutschen Kreditbank erbeuteten, wurden bisher über 73 000 DM wiedergefunden.

Die beiden Amerikaner wurden am Sonntagvormittag von der Militärpolizei festgenommen.

Aberglaube und Unglück der „Truculent“

Chatham. Der Funker Dennis Card von der „Truculent“ erhielt in letzter Minute vor dem Auslaufen des Unterseebootes den Befehl, Post und Verpflegung zu holen und die Rückkehr des Bootes an Land abzuwarten. Dieser Befehl rettete ihn vor dem möglichen Tod, denn kurze Zeit nach dem Auslaufen stieß sein Boot in der Themse-Mündung mit dem britischen Tanker „Divina“ zusammen und sank. Nach dem Unglück stellte die Admiralität zunächst fest, daß sich an Bord der „Truculent“ 80 Personen befunden hätten. Später hieß es, es seien nur 79 gewesen. Der 80. Mann war Dennis Card.

Nach Ansicht einiger der 15 Ueberlebenden wäre das Unglück überhaupt nicht geschehen, wenn man nicht dem Aberglauben ein Zugeständnis gemacht hätte. Die Tauchversuche des Bootes sollten ursprünglich erst am Freitag, dem 13. Januar stattfinden, wurden aber mit Rücksicht auf den Aberglauben, der sich bei vielen Seeleuten mit einem solchen Datum verbindet, auf den Donnerstag vorverlegt. (Nach ins.)

Man nennt das „Liberalisierung“

Der Wirtschaftsminister des westdeutschen Separat-Staates, Professor Erhard, kündigte, nach einer dpa-Meldung vom 8. Januar 1950 an, daß das kommende Jahr die Liberalisierung des Exports bringen werde.

Professor Erhard bezieht sich also, die vom Marshallplan-Administrator Hoffman auf der Pariser Konferenz geforderte Liberalisierung, d. h. die schnelle Beseitigung aller Einfuhrbeschränkungen für die Marshallplan-Länder, in Westdeutschland durchzuführen. Professor Erhard macht das sogar ohne jeden Vorbehalt. Nach einem Bericht des „Rheinischen Merkur“ Nr. 1/1950 soll Erhard gesagt haben:

„Die Einstellung Deutschlands zu diesem Problem ist sonnenklar: es ist der Vorkämpfer der Liberalisierung. Dabei stehen ihm die Amerikaner als mächtige Bundesgenossen zur Seite.“

Selbstverständlich ist es auch dem Professor Erhard bekannt, daß die von dem Amerikaner Hoffman proklamierte Liberalisierung des Handels durch die Beseitigung aller Einfuhrbeschränkungen, besonders den Export der USA-Waren nach diesen Ländern vergrößern soll. So schreibt z. B. das „Handelsblatt“ vom 11. Januar 1950, daß das „gesamte aus dem Marshallplan resultierende Denken ungesund“ sei und daß durch das „In-sich-Geschäft“ der industriellen Rumpfländer in Europa und von USA vor allem „Washington vorübergehend seine Agrarüberschüsse unterbringt.“

Die Liberalisierung verstärkt unsere, durch den passiven Außenhandel entstehende Verschuldung. Wörtlich heißt es im „Handelsblatt“:

„Im westdeutschen Außenhandel, vollzieht sich neuerdings eine bedenkliche Passivierung, die weit über die Deckung aus dem Marshallplan hinausgeht... Die Passivierung wird vorläufig durch die sogenannte „Liberalisierung“ zusätzlich verschärft.“

Nach dem Bericht der „Bank Deutscher Länder“ wird die Außenhandelsbilanz des zweiten Marshallplan-Jahres, schon beeinflusst von der „Liberalisierung“, einen Einfuhrüberschuß und damit eine weitere Verschuldung von 1,1 Milliarden Dollar, also rund 4,5 Milliarden DM bringen. Auch die „Wirtschaftsrevue“ vom 11. Januar 1950 schreibt:

„Es scheint immer mehr darauf hinauszulaufen, daß Deutschland zunächst einmal in der Liberalisierung Vorleistungen zu machen hat.“

Mit anderen Worten gesagt, die westeuropäischen Marshallplan-Länder benutzen die „Liberalisierung“ dazu, ihr Dollardefizit auf das schwächste Glied, nämlich auf Westdeutschland abzuwälzen. Trotzdem ist nach Professor Erhard Westdeutschland „Vorkämpfer der Liberalisierung“.

Die Schweizer Gewerkschaftszeitung „Der Offener Dienst“ vom 11. November 1949 führt an, welche Möglichkeiten sich dem amerikanischen Kapital durch die „Liberalisierung“ bieten:

„Wenn das amerikanische Finanzkapital sich entschließt, z. B. die Filiale der General Motors in Europa auszubauen, so muß deren am laufenden Band und in amerikanischem Massenmaßstab erzeugte Produktion der ganze europäischen Markt offen stehen. Man will dann sicher sein, daß ein anderes europäisches Land nicht etwa seine angestammte Produktion mittels Zöllen und Kontingenten gegen die amerikanisch-deutsche Konkurrenz in Bizonesien schützt. Alle Hemmnisse für die Verbreitung der billigen Massenwaren, die mit Dollarkapital erzeugt werden sollen, müssen zuerst fallen. Man nennt das auch „Liberalisierung“ des Handelsverkehrs.“

Die von den USA angefertigten „Ausfuhrsperrlisten“ gegen den Osten sind, im Verein mit der „Liberalisierung“ Westeuropas geeignet, den westdeutschen Außenhandel vollends zu untergraben. Die erzwungene Liberalisierung wird den deutschen Markt mit ausländischen Waren überschwemen, aber die westdeutschen Exportwaren finden in den industrialisierten Ländern des Westens keinen Absatz. Der Osten aber ist, so will es das amerikanische Kapital, für uns gesperrt. „Liberalisierung“ ist das Schlagwort, hinter dem sich die imperialistische Politik des amerikanischen Monopolkapitals versteckt. Der westdeutsche Außenhandel aber muß nach dem Osten ausgerichtet werden. Das „Handelsblatt“ spricht die Hoffnung weiter Kreise der deutschen Wirtschaft aus mit den Worten: „Aber nun bedarf es einer positiven Wirtschaftspolitik, welche wieder Brücken nach Asien und zum Osten baut.“

H. H.

Wer erhält den Stahlauftrag der Volksrepublik China?

Wie und warum wir übers Ohr gehauen werden konnten

Berlin. (E.B.) In vollem Umfang bestätigt sich jetzt die Vermutung, daß der Ein-Millionen-Dollar-Auftrag der Volksrepublik China an westdeutsche Stahlwerke zur Lieferung von Eisenbahnmaterial von der zuständigen Stelle der westalliierten Hohen Kommission, die die Befugnisse der früheren JIEA erhalten hat, offenkundig aus reinen Konkurrenzgründen annulliert wurde.

Dr. Walter Schwede, der Leiter der Außenhandels-Abteilung der Vereinigten Stahlwerke erklärte am Sonntag, wie die amerikanische Nachrichtenagentur United-Press meldet, daß der respektable Auftrag der Volksrepublik China von der New Yorker Firma „Commercial international inc.“ (CII) durch den Londoner Agenten dieser Firma „untergebracht worden ist.“

Nach Auffassung maßgebender Düsseldorf-Geschäftskreise handelt es sich hierbei um ein Schulbeispiel für die Methoden, die von anglo-amerikanischer Seite in den Westzonen angewandt werden, um westdeutschen Betrieben wertvolle Aufträge diktatorisch abzujagen. Dr. Schwede erklärte nach der gleichen amerikanischen Quelle, daß die anglo-

203 400 auf dem Papier verschwundene Erwerbslose

Warum sagt Herr Storch die Unwahrheit?

Scheinbar ist Minister Storch, so melden die Zeitungen, ein „Opfer“ seiner Bürokratie geworden. Das ist bei den Ministern der Separat-Regierung nichts Neues. Bekannt ist der „Fall“ Adenauer, dem das gleiche „Mißgeschick“ passierte.

Auf einer Pressekonferenz in Bonn hat Storch von einer Zunahme der Arbeitslosigkeit im Jahre 1949 um 595 000 gesprochen. Dabei kann sich jeder ausrechnen, daß es 798 400 sein müssen. Das ist nämlich die Differenz zwischen den Arbeitslosenziffern vom Dezember 1948 in Höhe von 759 600 und der Zahl im Dezember 1949 gleich 1 558 000. Storch hat also 200 000 Arbeitslose nicht mitgezählt.

Er ist dem Anschein nach ein Opfer eines Rechenfehlers geworden, aber wir können die Feststellung machen, daß sich derartige „Irrtümer“ bei den westdeutschen Ministern häufen. Erst war es der Wirtschaftsminister Erhard, der sich „geirrt“ hat bei seiner Preispolitik, dann Adenauer in der Frage der Lebensmittelrationierung und Preisstabilität, und nun Herr Storch. An eine derartige Häufung von „Irrtümern“ zu glauben ist schwer.

Der Arbeitsminister läßt die Arbeitslosen auch auf eine andere Weise zahlenmäßig verschwinden. Vom Arbeitsamt Nürnberg berichtet, daß die arbeitslos gemeldeten Frauen im Hauptamt sich nur deswegen

um 226 verringert haben, weil eine „Kartellvereinbarung“ vorgenommen wurde. Die betreffenden Arbeitssuchenden hätten wegen vollständiger Aussichtslosigkeit, irgend eine Arbeit zu erhalten, ihr Gesuch zurückgezogen.

Minister Storch sagt: zur Beunruhigung, durch die hohe Arbeitslosenzahl, bestände kein Anlaß. Er hat aber nicht gesagt, für wen kein Anlaß bestände. Die Praxis zeigt, daß Minister Storch, ebenso wie die übrigen Minister des Adenauer-Kabinetts, nur die Interessen der Millionäre, des in- und ausländischen Monopolkapitals vertritt. Hat sich Minister Storch wirklich nur geirrt?

Der Volkswirtschaftsplan des Aufstiegs

Plan 1950 garantiert höheres Lebensniveau in der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin. (E.B.) „Mit dem Zweijahresplan wird der Abschluß der Wiederherstellung der Friedenswirtschaft aus eigener Kraft ohne Verschuldung an das ausländische Monopolkapital erreicht werden“, heißt es in einer Mitteilung des Amtes für Informationen, zu dem von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verabschiedeten Gesetzentwurf über den Volkswirtschaftsplan für 1950. „Darüber hinaus wird die erfolgreiche Durchführung des Volkswirtschaftsplanes gleichzeitig die Voraussetzung schaffen für einen allumfassenden Beginn des Neuaufbaus der Wirtschaft, mit dem eine stetige Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung unmittelbar zusammenhängt.“

Wie das Amt für Informationen weiter mitteilt, wird durch die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1950 die Industrieproduktion (nach vorläufigen Unterlagen) gegenüber dem Jahr 1949 um 21 Prozent steigen und sich damit dem Stand des Jahres 1936 nähern.

Die Gesamthöhe der Industrieproduktion wird 1950 103 Prozent des auf gleicher Preisgrundlage berechneten Industriewertes des Jahres 1936 erreichen. In den Industriezweigen der Elektroenergie, des Bergbaues und der Chemie wird der Stand von 1936 sogar überschritten werden.

Die Handwerks- und Privatbetriebe werden auch weiterhin eine wichtige Rolle beim Aufbau der Wirtschaft spielen.

Mit dieser angestrebten Steigerung der Produktion ist vor allen Dingen für eine verstärkte Verbesserung der Qualität für alle Waren Sorge zu tragen.

Zur Erfüllung des Planes ist die Erhöhung der Gesamtzahl der im Wirtschaftsprozess stehenden Arbeitskräfte, der zweckmäßigste Einsatz der Fachkräfte und die Steigerung der Arbeitsproduktivität erforderlich. Die Durchführung dieser großen

Aufgaben hängt weitgehend davon ab, daß sich die Aktivistenbewegung in der volkseigenen Wirtschaft entfaltet und eine neue Einstellung zur Arbeit auf breiterem Front zum Durchbruch kommt.

2,35 Milliarden Investitionen

Die staatlichen Investitionen werden für das laufende Jahr 2,35 Milliarden Mark betragen. Damit wird die ursprünglich für den ganzen Zweijahresplan vorgesehene Investitionssumme weit überschritten und das Volkseigentum vergrößert.

Der Landwirtschaft wird das Ziel gesetzt, in diesem Jahr die Durchschnittsergebnisse der Friedensjahre 1934 bis 1938 zu erreichen und den Viehbestand bei Schweinen und Großrindern auf die Vorkriegshöhe zu bringen.

Durch die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1950 wird eine weitere Voraussetzung geschaffen, um am Ende dieses Jahres die Rationierung mit Ausnahme für Fleisch und Fett aufzuheben. Gleichzeitig muß die Bewirtschaftung für den größten Teil der heute noch auf Punktkarte zu beziehenden Gebrauchsgüter schrittweise aufgehoben werden.

Landtag zur Immunitätsaufhebung durch Besetzung

Stuttgart. (E.B.) Der Aeltestenrat des württembergisch-badischen Landtages befaßte sich am Freitag mit einem Schreiben des Präsidenten des niedersächsischen Landtages, Ollers, der um die Unterstützung aller westdeutschen Landtage im Streit um die Anerkennung der Immunität der Landtagsabgeordneten durch die Besatzungsmacht ersucht.

Ausgangspunkt ist das Verfahren gegen den niedersächsischen Abgeordneten Robert Lehmann (KPD), der wegen eines in der „Niedersächsischen Volksstimme“ erschienenen Aufrufs gegen die Demontage der ehemaligen Reichswerke Watenstedt-Salzgitter angeklagt ist. Der niedersächsische Landtag hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß Immunität der Abgeordneten nicht nur für Äußerungen und Handlungen außerhalb

des Parlaments, für die sie nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Parlaments verfolgt werden können, sondern sogar für Äußerungen und Handlungen im Parlament, für die ein Abgeordneter unter keinen Umständen zur Verantwortung gezogen werden kann, gegenüber der Besatzungsmacht, bzw. ihren Gerichten nicht wirksam sei.

Der Aeltestenrat des württembergisch-badischen Landtages beschloß, daß Landtagspräsident Kell dem niedersächsischen Landtagspräsidenten antworten soll, daß er die gleiche Auffassung teile und unterstütze, wie sie in dessen Schreiben an den britischen Landeskommissar niedergelegt sei. Darüber hinaus schlage er vor, beschleunigt eine gemeinsame Stellungnahme aller Landtagspräsidenten und des Bundestagspräsidenten herbeizuführen.

Internierungslager werden aufgelöst

Briefwechsel Tschukow—Ulbricht zur Auflösung der Internierungslager

Berlin. (Eig. Ber.) Der Vorsitzende der sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, Armeegeneral Tschukow, richtete ein Schreiben an den stellvertretenden Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, in dem mitgeteilt wurde, daß laut Beschluß der Regierung der UdSSR alle Internierungslager, die unter Kontrolle der sowjetischen Behörden in Deutschland stehen — Buchenwald, Sachsenhausen, Bautzen — liquidiert werden.

Aus den Lagern werden 15 038 Personen entlassen. Dem Ministerium des Innern werden 300 432 Internierte zur gerichtlichen Untersuchung und Aburteilung und 10 513 Verhaftete zur Verbüßung ihrer Strafe übergeben. In den Händen der sowjetischen Behörden verbleiben 649 Verbrecher, die besonders große, gegen die Sowjetunion gerichtete Verbrechen begangen haben. Der stellvertretende Ministerpräsident, Walter Ulbricht, richtete ein Schreiben an den Vorsitzenden der sowjetischen Kontrollkommission, Armeegeneral Tschukow, in dem er im Namen der Regierung für die Mitteilung über die Auflösung der Internierungslager dankt und

versichert, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen die volle Zustimmung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik finden.

Jugend kämpft für Frieden

Erich Honecker

über den Friedenskampf der FDJ

Berlin. (E.B.) „Keinen jungen Deutschen als Kanonenfutter für die anglo-amerikanischen Imperialisten! Jeder junge Deutsche ein aktiver Kämpfer für den Frieden!“ Unter dieser Losung wird die Freie Deutsche Jugend ihren entschlossenen Kampf für die Erhaltung des Weltfriedens fortführen, erklärte der Vorsitzende der FDJ, Erich Honecker, auf einer Pressekonferenz in Bukarest.

Für Mai kündigte Honecker eine gewaltige Friedenskundgebung der demokratischen Jugend in Berlin an, der ein Kongreß vorausgehen wird, an dem 10 000 Delegierte, davon die Hälfte aus Westdeutschland, teilnehmen werden.

Schuman besichtigt den Wiederaufbau im Ostsektor Berlins

Berlin. (E.B.) Auch der französische Außenminister Robert Schuman, der am Montag zu einem Kurzbesuch in Berlin wollte, fand zu seinen Besprechungen so viel Zeit, den Neuaufbau im Ostsektor zu besichtigen. Vor ihm waren bereits der amerikanische Außenminister Acheson und der britische Außenminister Bevin im Ostsektor erschienen, um sich ein Bild von den Wiederaufbauarbeiten zu machen. Schuman interessierte sich vor allen Dingen für die großen Bauvorhaben unter den Linden. Er verließ seinen Wagen

Ausgewiesene Polen trafen in Berlin ein

Berlin. (E.B.) Zur gleichen Zeit, in der der französische Außenminister Robert Schuman zu einem Kurzbesuch in Berlin eintraf, landeten auf dem Flugplatz Schönefeld 34 von der französischen Regierung aus Frankreich ausgewiesene polnische Konsulatsbeamte, Journalisten, Berg- und Landarbeiter. In einer Pressekonferenz berichteten die Ausgewiesenen über die allen Gesetzen hohnsprechenden Maßnahmen der französischen Behörden.

Etwas langsamer, Herr Nuntius!

Der apostolische Nuntius in Deutschland, Münch, bedankte sich beim amerikanischen Hohen Kommissar McCloy für die 60 Kriegsverbrechern gewährte Amnestie. McCloy antwortete ihm in einer sanften Beschwerde, daß der Gebrauch des Wortes „Amnestie“ nicht angebracht sei. Es habe sich nur um die Begnadigung in Einzelfällen gehandelt. Die legale Grundlage der Kriegsverbrecher-Prozesse dürfe nicht in Frage gestellt werden:

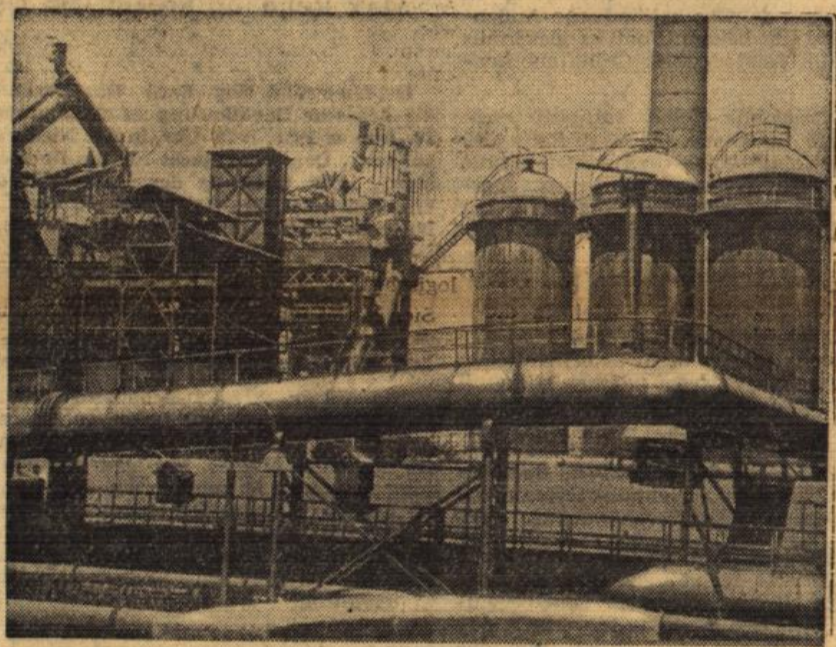
„Ich glaube nicht, daß die Weltöffentlichkeit im allgemeinen bereit ist, sich mit dem Gedanken abzufinden, daß die Kriegsverbrechen schon genügend gesühnt sind, oder daß es dem deutschen Volk schon gestattet werden kann, sie zu vergessen.“

Wie man sieht, ist der Botschafter des Vatikans der Entwicklung etwas zu weit vorausgefallen, und mußte wegen seiner Holzhammerpolitik, für die der Boden noch nicht vorbereitet ist, zurückgepfiffen werden. Das Rezept, das heute angebracht werden muß, ist ein anderes: die Weltöffentlichkeit durch Einzelfälle tropfenweise daran zu gewöhnen, daß man die alten Kriegsverbrecher wieder für neue Kriegsverbrechen braucht.

Erich Kops zum Gesandten in Ungarn ernannt

Berlin. (E.B.) Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, hat Erich Kops zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister ernannt und mit der Funktion des Chefs der diplomatischen Mission der Deutschen Demokratischen Republik bei der Regierung der Ungarischen Volksrepublik beauftragt.

Erich Kops wurde 1905 als Sohn eines Metallarbeiters in Thüringen geboren. Von seiner frühesten Jugend an war er in der Sozialistischen Arbeiterbewegung tätig; bis zu seiner Berufung in den diplomatischen Dienst war Kops Landesvorsitzender der SED Thüringens.



Während in Westdeutschland die Zahl der Erwerbslosen täglich ansteigt und die Demontage unserer Betriebe immer noch nicht aufhört, arbeiten die Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik mit Volldampf an der Planerfüllung. Unser Bild zeigt das Stahlwerk der Machütte, Sieger im letztjährigen Wettbewerb der volkseigenen Stahl- und Walzwerke.

Pressestimmen

Die Gegensätze in den USA

Eine United-Press-Meldung aus Tokio, die nach der sauberen und ehrlichen Erklärung des Präsidenten über Formosa geschrieben wurde, besagt, „daß ein altes Mitglied aus General McArthur's Generalstab, das täglich mit dem Oberkommandierenden spricht, erklärte, es sei offenbar geworden, daß die Ansichten des Staatsdepartements von niemandem abgefaßt wurden, der militärische Erfahrungen hat.“ Vielleicht ist es an der Zeit, das alte Mitglied aus General McArthur's Generalstab, das täglich mit dem Oberkommandierenden spricht, daran zu erinnern, daß in dieser Republik der Präsident der USA auch General McArthur's Oberkommandierender ist.

Walter Lippmann, in der „New York Herald Tribune“.

Togliatti über das Blutbad von Modena

Die Mordtat von Modena stellt mit Ausnahme der schrecklichen Verbrechen des Faschismus das traurigste, barbarischste und brutalste Verbrechen dar, das seit den Schandtaten von Mailand am Ende des letzten Jahrhunderts bis heute in Italien stattgefunden hat. Es kann, so scheint mir, kein Zweifel daran bestehen, daß die Urheber dieses Anschlages die Absicht verfolgten, den heldenhaften und disziplinierten Kämpfer der Arbeiter von Modena mit einem Massaker zu brechen... Es ist eine Tatsache, daß in wenig mehr als zwei Monaten in Italien vier Mordtaten stattgefunden haben. Vier Mordanschläge auf Arbeiter sind das Werk der Agenten der gegenwärtigen Regierung. Diese Tatsache hat sich in der Geschichte unseres Landes vorher noch nie ereignet. Es gibt auch keinen solchen Fall im Leben irgend eines anderen Landes im gegenwärtigen Zeitpunkt. Es gibt heute kein Land auf der Welt, wo mit solcher Brutalität, mit solchem Zynismus, mit einer solchen traurigen Häufigkeit die bewaffneten Streitkräfte des Staates die Bürger niedermetzeln... Ich frage mich, ob eine Regierung noch eine demokratische Regierung genannt werden kann, die nur noch existieren kann, wenn sie auf die Arbeiter schließen läßt. Diese Regierung ist unfähig, die Sicherheit des Lebens der Arbeiter zu gewährleisten, weil ihre Kräfte dazu verwendet werden, Schiedsrichter zugunsten der antisozialen Gewalttaten, der Diebstähle und der Gewaltherrschaft der bevorrechteten Klasse gegen das Volk zu spielen... Es ist empörend zu vernehmen, daß der Innenminister der gegenwärtigen Regierung

den Mord verteidigt und ihn als die normale Handlungsweise der Regierung bezeichnet. Ein Mensch, der irgendwelche Solidarität mit dieser Haltung einnimmt, kann nicht mehr ein Demokrat oder auch nur ein anständiger Mensch genannt werden. Ich weiß nicht, ob Scelba persönlich die Mordtat angeordnet hat. Sicherlich ist er aber der Verantwortliche für eine Lage, die das Gewissen der öffentlichen Meinung nicht mehr länger ertragen kann. Er muß dieses Amt einem anständigen Menschen überlassen, der ein Gewissen hat, und der es den Vertretern des Landes gestattet, den Beweggrund zu untersuchen, warum sich heute in Italien die Kräfte der Polizei für berechtigt halten, auf die Bürger fortgesetzte Mordanschläge zu verüben... Es muß heute allen klar werden, daß man mit Waffengewalt gegen das Volk keines der in unserer Zeit so schweren sozialen Probleme lösen kann. Durch Mordtaten spitzt sich die Lage nur von Tag zu Tag noch mehr zu. Wohin wollen uns die Männer führen, die uns heute regieren? „L'Unità“, Rom.

Im Paradies der Ausbeuter

Detroit die Geburtsstätte für die auf allen Straßen Nordamerikas und auf vielen Straßen Europas rollenden Chevrolets, Plymouths, Cadillacs, Fords, Mercurys, Lincolns, Hudsons, Nachs, De Sots und Chryslers. Detroit, der Friedhof von Millionen gebrauchter Wagen, die von überall her den Weg zum Livorno zurückfinden, zur größten und längsten Autofriedhof- und Gebrauchswagenstraße. Es ist eine der häßlichsten Städte Nordamerikas.

Den grellfarbigen Neonreklameschriften gleicht es nicht, die liederlich gebauten, flachgedeckten Reparaturwerkstätten, Imbisshallen, Läden und Wohnbaracken ins Dunkel des Uebersehenwerdens zu rücken. Geld ist für die Inhaber der Zweckbauten nicht da, um das Auge durch formschöne Architektur zu erfreuen. Wer den knöcheltiefsten Schutz zwischen der wundervoll weißbetonierten Fahrstraße scheute, braucht nicht heranzukommen. Der Strom der Arbeiter, angezogen durch die von der Kriegsindustrie gezahlten hohen Löhne, konnte kaum untergebracht werden. Behelfsbauten entstanden auf Wiesen. Siedlungen ohne richtige Straßen mit mangelhaften sanitären Einrichtungen.

„Süddeutsche Zeitung“, München.

Lenin - Liebknecht - Luxemburg

Von KURT MÜLLER
stellvert. Vorsitzender der KPD

„Nicht selten beschuldigen unsere Genossen (nicht nur die Menschewiki!) Lenin der übermäßigen Neigung zur Polemik und Spaltung, des unversöhnlichen Kampfes gegen Versöhner usw. Zweifellos gab es seinerzeit sowohl das eine als auch das andere. Es ist aber nicht schwer zu verstehen, daß unsere Partei die innere Schwäche und Verschwommenheit nicht hätte überwinden und die ihr eigene Kraft und Festigkeit nicht hätte erlangen können, wenn sie nicht die unproletarischen, opportunistischen Elemente aus ihren Reihen verjagt hätte. . . Wer weiß, ob es für das deutsche Proletariat nicht besser gewesen wäre, wenn sich die revolutionären Elemente der deutschen Partei rechtzeitig von ihren antirevolutionären Elementen getrennt hätten.“ (Stalin)

Alljährlich im Januar gedenkt die internationale Arbeiterbewegung ihrer drei großen Toten: Lenin - Liebknecht - Luxemburg.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden am 15. Januar 1919 von der reaktionären Soldateska ermordet. Wladimir Iljitsch Lenin, der geniale Führer und Organisator der bolschewistischen Partei starb am 21. Januar 1924.

Rosa Luxemburg war die Theoretikerin und Führerin des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Als Lehrerin an der Parteihochschule und Chefredakteurin der „Leipziger Volkszeitung“ leistete sie hervorragende Arbeit.

In jener Zeit des Überganges des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium, als die deutsche Sozialdemokratie in die Breite, aber nicht in die Tiefe ging, als der Revisionismus und Opportunismus an der deutschen Arbeiterbewegung zu nagen begannen und die deutsche Sozialdemokratie allmählich zersetzten und kampfunfähig machten, war es Rosa Luxemburg, die den Kampf gegen den Revisionismus und Opportunismus aufnahm. Hervorgegangen aus der politischen Sozialdemokratie, Teilnehmerin an Konferenzen und Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, kannte sie die Auseinandersetzungen zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki aus der Nähe. Sie war eine glühende

Verfechterin des proletarischen Internationalismus.

Im Kampf gegen die opportunistische Verwässerung der deutschen Partei, gegen Bernsteins Revisionismus, veröffentlichte sie in ihrer Streitschrift „Sozialreform oder Revolution“.

Als die russische Revolution von 1905 auch die deutsche Arbeiterbewegung aufrüttelte und neue Probleme und Lehren für die internationale Arbeiterbewegung auf die Tagesordnung setzte, war es Rosa Luxemburg, die der deutschen Arbeiterbewegung die Lehren des politischen Massenstreiks vermittelte. Leidenschaftlich kämpfte sie für die Anwendung des politischen Massenstreiks, gegen die opportunistischen Führer der deutschen Sozialdemokratie und gegen den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses des Jahres 1905, der das Mittel des politischen Massenstreiks für verwerflich erklärte und der Arbeiterschaft empfahl, dem Versuch der Anwendung dieses Kampfmittels entgegenzutreten.

Mutig und entschlossen vertrat Rosa Luxemburg ihre Ansichten über den politischen Massenstreik in ihrer Kampfschrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“.

Kampf gegen den Opportunismus führten und mutige Verteidiger des proletarischen Internationalismus waren, hatten keine einheitliche Auffassung über den Imperialismus und vermochten deshalb nicht der Arbeiterbewegung die erforderlichen theoretischen Waffen zu schmieden, die sie in der imperialistischen Epoche benötigt.

Als Lenin in den Jahren 1901-1903 die Grundlagen der marxistischen Partei schuf, stand Rosa Luxemburg an der Seite der Menschewiki gegen Lenin. Lenin schrieb damals in seiner Schrift „Was tun?“

„Jede Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des bewußten Elements“, der Rolle der Sozialdemokratie, bedeutet gleichzeitig - ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, es wünscht oder nicht - die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter.“

Rosa Luxemburg erkannte nicht die Rolle des „bewußten Elements“, die Rolle der Partei als Führer und Organisator der Massen, die das sozialistische Bewußtsein in die Arbeiterbewegung hineintragen und die Bewußtheit der Klasse heben muß. Sie erkannte nicht die Notwendigkeit des ständigen, entschlossenen, konsequenten Kampfes für die proletarische Ideologie und gegen die Einflüsse der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiterklasse. Rosa Luxemburg war Anhängerin der Spontaneität der Massen, sie setzte ihr Vertrauen auf die Unvermeidlichkeit spontaner Massenbewegungen. Weil nach Rosa Luxemburg die Partei nur die gewonnenen Erfahrungen der Massen aufzugreifen und zusammenzufassen hat, erkannte sie nicht, daß Massenaktionen bewußt und planmäßig organisiert werden müssen, begriff sie nicht die Rolle der Partei als Vorhut der Arbeiterklasse.

Die Rolle der Partei

Wie die Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes über die ideologisch-politische Festigung unserer Partei feststellt, sind diese falschen Auffassungen, also die Unterschätzung der Rolle der Partei als Führer und Organisator, bei uns noch nicht restlos überwunden. Es gibt noch Auffassungen, daß die Partei wegen angeblicher „Passivität der Massen“ oder „fehlenden Klassenbewußtseins“ der Arbeiter nichts tun könne, daß die „objektiven Schwierigkeiten“ die Ursache für den geringen Masseneinfluß der Partei seien. In Wirklichkeit verführen die Genossen, die solche Auffassungen vertreten, die Partei dazu, sich auf ein bloßes Registrieren zu beschränken - und dabei registrieren sie nicht einmal richtig. Die Partei darf keine Politik des geringsten Widerstandes betreiben, sie darf nicht hinter der spontanen Bewegung einhertröten, sie darf nicht resignieren, sie muß den Kampf der Massen organisieren.

„Die Partei ist der politische Führer der Arbeiterklasse. Sie ist der Kampfstab des Proletariats. Um führen zu können, muß die Partei voraussehen.“ (Resolution der 14. Tagung des PV)

Deshalb muß sich die Partei ideologisch-politisch und organisatorisch festigen und erkennen, daß es ihre Aufgabe ist, das Bewußtsein der Massen zu heben und diese zu führen.

Bündnis mit den Bauern

Rosa Luxemburg verneinte auch - im Gegensatz zu Lenin - das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern. Sie vertrat die Auffassung, daß die Bauern niemals für den gemeinsamen Kampf gewonnen werden können. Diese falsche Auffassung war Gemeingut aller Menschewiki und der alten deutschen Sozialdemokratie. Auch die KPD hat sich nach ihrer Gründung im Jahre 1919 nicht energisch von diesem Fehler befreit. Die Ueberreste dieser falschen Auffassungen zeigen sich noch heute. Vor unserer Partei steht die Aufgabe, auf der Grundlage der bedeutsamen Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes, sich die Lehren des Marxismus-Leninismus konsequent zu eigen zu machen und die Politik der Herstellung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern zu verwirklichen.

„Wir lernen aus ihren Fehlern“

Rosa Luxemburg irrte auch in der nationalen und kolonialen Frage. Sie verneinte die Bedeutung des nationalen Kampfes der unterdrückten Völker. Lenin und die Bolschewiki bewiesen, daß der nationale Befreiungskampf der vom Imperialismus unterdrückten Völker ein Bestandteil des internationalen Klassenkampfes des Proletariats ist, daß jede gegen den Imperialismus gerichtete nationale Bewegung objektiv eine fortschrittliche Bewegung ist, die das Proletariat unterstützen muß, in der das Proletariat seine führende Rolle im Kampf gegen den Imperialismus verwirklichen muß. Gerade die KPD, vor der die Aufgabe steht, an der Schaffung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gegen die Unterdrückungs- und Kolonialpolitik des Imperialismus zu arbeiten, muß jegliche Unterschätzung der Bedeutung des nationalen Kampfes in ihren Reihen überwinden. Sie muß vor allem mit jenen scheinradikalen Redereien Schluß machen, die Partei gebe mit der Führung des nationalen Kampfes den Klassenkampf preis. Lenin lehrt uns, daß der nationale Befreiungskampf ein wichtiger Bestandteil des internationalen Kampfes der Arbeiterklasse ist.

Lenin und die Bolschewiki kritisierten diese und andere Fehler Rosa Luxemburgs. Diese Kritik bereicherte die Lehre des Marxismus-Leninismus, war und ist eine wertvolle Hilfe für die deutsche Arbeiterbewegung im Kampf um die marxistisch-leninistische Stärkung der Partei, einer Partei, die fähig ist, ihre Aufgaben im Kampf um den Frieden und um die nationale Einheit und Unabhängigkeit zu erfüllen.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind die Begründer unserer stolzen Partei. Ihr Vermächtnis halten wir hoch. Niemand haben sie geögert, ihre ganze Persönlichkeit, ihr Leben einzusetzen im Kampf gegen Krieg und Kriegsbrandstifter, im Kampfe um den Frieden! Ihre kühnen und heroischen Taten sind uns ein Beispiel, gerade heute, wo die Organisation des Kampfes gegen den Krieg und für die Verteidigung des Friedens die erste Aufgabe unserer Partei ist. Wir lernen aus ihren Fehlern. Zeit ihres Lebens wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verhöhnt und verspottet, verfolgt, eingekerkert, und schließlich wurden sie ermordet. Nach ihrem Tode aber versuchen ihre Feinde, ihre Namen zu schänden und zu mißbrauchen.

Lenin wies schon darauf hin, daß sich die Feinde des Volkes der Fehler Rosa Luxemburgs bemächtigen, daß die ganze Sippschaft der Feinde des Marxismus ob dieser Fehler in Verückung gerät. Aber im Vergleich zu diesen „Hühnern“ nannte er Rosa Luxemburg einen Adler:

„Ein Adler kann wohl manchmal tiefer hinabsteigen als das Huhn, aber nie kann ein Huhn in solche Höhen aufsteigen wie ein Adler.“

Lernen wir aus dem heroischen Kampfe Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs gegen die imperialistischen Kriegstreiber.

Bauen wir die Partei, so wie Lenin es uns lehrte, im Kampfe gegen den Opportunismus, gegen alle parteifeindlichen Auffassungen - auf dem unerschütterlichen Fundament des Marxismus-Leninismus.

Sie hielten die besten Traditionen der Arbeiterbewegung hoch

Rosa Luxemburg hielt die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und des proletarischen Internationalismus hoch. Als die Führer der deutschen Sozialdemokratie am 2. August 1914 offen in das Lager der eigenen Bourgeoisie überschwenkten, war es Rosa Luxemburg, die den Kampf gegen den Krieg organisierte. Sie trat an die Spitze der Gruppe Internationale, des Spartakusbundes.

Karl Liebknecht war der kühne Praktiker und Agitator des revolutionären Flügels der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg. Als Vorkämpfer gegen Militarismus mobilisierte er die proletarische Jugend gegen Militarismus und Krieg und trat schon 1907 mit seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ hervor, für die man ihn zu einneinhalb Jahren Festungshaft verurteilte. Karl Liebknechts Name wurde während des ersten imperialistischen Weltkrieges zum Fanal aller wahren Internationalisten im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg, im Kampfe um den Frieden, für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie in diesem Krieg.

Bekannt ist Karl Liebknechts mutiges Auftreten gegen die Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag. „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ war sein Kampfruf, als er an der Spitze einer Demonstration gegen den Krieg auf dem Potsdamer Platz in Berlin am 1. Mai 1916 verhaftet wurde.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gehören zu den besten Vertretern des revolutionären Marxismus, die die deutsche Vorkriegssozialdemokratie hervorbrachte. Sie standen, wie Lenin sich einmal ausdrückte, den Bolschewiki am nächsten, sie waren aber - wenn auch Rosa Luxemburg einmal sagte, wir müssen von den Bolschewiki lernen - noch keine Marxisten-Leninisten.

Wladimir Iljitsch Lenin war es, der im entschlossenen Kampfe gegen den Opportunismus in der 2. Internationale die Lehren von Marx und Engels hartnäckig verteidigte, der alles, was in der internationalen Arbeiterbewegung verrotet und morsch war, über Bord warf, den Marxismus wieder herstellte und schöpferisch weiterentwickelte.

die deutsche Linke unterstützen und vorwärtsdrängen.

„Der größte Mangel des gesamten revolutionären Marxismus in Deutschland ist das Fehlen einer festgefügtten Organisation, die systematisch ihre Linie verfolgt und die Massen im Geiste der neuen Aufgaben erzieht: eine solche Organisation müßte sowohl dem Opportunismus als auch dem Kautskyanertum gegenüber eine klare Stellung einnehmen.“

schreibt Lenin 1916 und kritisiert damit Rosa Luxemburg, die nicht restlos den Bruch mit den Opportunisten und „Zentristen“ vollzog, und daher nicht die Voraussetzungen zur Organisierung der Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des konsequenten Marxismus schuf. Wie berechtigt diese Kritik Lenins an Rosa Luxemburg ist, wird auch dadurch bewiesen, daß Rosa Luxemburg sich noch am Vorabend des ersten Weltkrieges und des Zusammenbruchs der II. Internationale an dem Versuch der Opportunisten der II. Internationale und Kautskys aktiv beteiligte, durch Organisierung einer sogenannten Verteidigungskonferenz der damaligen russischen Sozialdemokraten, den Bolschewismus auf dem Wege einer prinzipienlosen Vereinigung zu bekämpfen.

„Es wäre natürlich sehr traurig, wenn die ‚Linken‘ der Theorie des Marxismus gegenüber einen Mangel an Sorgfalt bekundeten.“

mahnte Lenin in seiner Kritik an der Juni-Broschüre. (Rosa Luxemburg hatte 1915 eine Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie“ unter dem Pseudonym „Junius“ geschrieben.)

Diese berechtigte Kritik Lenins an Rosa Luxemburg wegen des Mangels an Sorgfalt in den Fragen der Theorie des Marxismus hat bis heute ihren Wert nicht verloren. Sie gilt auch heute noch für die Kommunistische Partei Deutschlands und muß bei der Diskussion der Probleme der 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD stärkstens beachtet werden. Der Mangel an Sorgfalt in den Fragen der Theorie des Marxismus ist zweifellos eine Erscheinung, die die KPD überwinden muß, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen will.

Die revolutionären Marxisten der deutschen Vorkriegssozialdemokratie, die den

müssen. Ohne sie ist auch eine gründliche Durcharbeitung und ein Begreifen der Probleme der Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes des über die politisch-ideologische Festigung der KPD unmöglich.“

Sich im Kampfe gegen den Opportunismus aller Schattierungen stärke und stählend, entstand im alten Rußland unter Führung Lenins die Bolschewistische Partei, die - nach der Generalprobe von 1905 - im Jahre 1917 den Sieg der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie herbeiführte. Dieser historische Sieg war der erste gewaltige Triumpf der marxistisch-leninistischen Lehre.

Kritik an der Politik der deutschen Linken

„Um der für die Marxisten so notwendigen Selbstkritik willen und zur - seitigen Ueberprüfung der Anschauungen“ mußten, wie Lenin schreibt, die Bolschewiki kritisch zur Politik der deutschen Linken unter Führung Rosa Luxemburgs Stellung nehmen. Mit dieser Kritik wollten die Bolschewiki

Lenin schuf die Partei neuen Typus

Schon im Jahre 1902 schuf Lenin die ideologischen Grundlagen der marxistisch-leninistischen Partei. Sein berühmtes Werk „Was tun?“ - Ende 1901 Anfang 1902 geschrieben - bildet die Grundlage der Ideologie der bolschewistischen Partei. In diesem berühmten Werk hat Lenin als erster die ideologischen Quellen des Opportunismus bis auf den Grund bloßgelegt, der Arbeiterklasse die Bedeutung der Theorie und des Kampfes um die Hebung der proletarischen Ideologie in all ihrer Größe aufgezeigt und genial die Grundlagen der marxistisch-leninistischen Partei herausgearbeitet. Mit dieser seiner Arbeit und der Entwicklung der Organisationsprinzipien der Kommunistischen Partei auf dem 2. Parteitag der SDAPR in London 1903, schuf Lenin die Partei neuen Typus, eine Partei, die fähig ist, den neuen Aufgaben, wie sie die imperialistische Epoche des Kapitalismus der Arbeiterklasse stellte, gerecht zu werden. Das Studium dieser grundlegenden Arbeit Lenins ist das Mindeste, was wir heute von jedem Kommunisten fordern

In der kapitalistischen Demokratie hat die herrschende Schicht viele Möglichkeiten, eine wahre Zeitung des Volkes die Existenz zu erschweren. Angefangen vom wirtschaftlichen Druck bis zum gänzlichen Verbot nutzt sie die ganze Skala ihrer „demokratischen Rechte“ aus. Denken wir nur an die in Westdeutschland seit 1945 verbotenen kommunistischen Zeitungen, denken wir nur an den von den Engländern inszenierten Presse-Prozess, der sich nicht nur gegen den Chefredakteur, sondern auch gegen Drucker, Verleger und Herausgeber der „Niedersächsischen Zeitung“ richtete.

Allen diesen Repressalien gegenüber steht der Leser einer wahrhaften Volkszeitung treu zu seinem Blatt. Er weiß, daß er nur diese eine Quelle der Wahrheit hat und deshalb verteidigt er sie. Die beste Verteidigung ist aber auch in diesem Falle der volle Einsatz.

In allen kapitalistischen Ländern wetteifern darum die Leser im Kampf für die Erhaltung ihrer Zeitung. Vor einem Jahr konnten wir berichten, daß es den Lesern des „Daily Worker“ in England gelungen war, für ihre Zeitung eine vollständige neue Druckerei zu schaffen, ein Ziel, dem auch wir zustreben. Gute Beispiele liefern auch die Leser des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Frankreichs im Kampf für ihre „L'Humanité“, worüber wir nachfolgend berichten.

8 Uhr in der Früh. In der Rue Laffayette, mitten im Geschäftszentrum von Paris, schiebt der Nachtwächter mit Mühe die schweren Gitter der „Arbeiter- und Bauernbank“ zurück. Zwei lange schwarze Wagen halten am Bürgersteig. Männer in langen Mänteln, mit aufgebauschter Seitentasche, den weichen Hut tief ins Gesicht gedrückt, mit hellen, doppelsohligen Schuhen, steigen aus. Der Fahrer bleibt am Wagen stehen, die Tür halb offen. Zwei besetzten die Eingangstür. Die anderen dringen rasch in das Gebäude ein.

Wenn so etwas heute in Paris geschieht, stieben die Passanten auseinander und suchen in Haus- und Hoftüren Schutz. Gangsterangriffe auf Banken gehören zum täglichen Brot des Pariser.

Das hier aber, passierte vor 20 Jahren. Die Herren, die da ausstiegen, waren Polizisten des Herrn Tardieu. Sie schlossen

Wie französische Arbeiter für ihre Zeitung kämpfen

Das Verteidigungskomitee der „L'Humanité“ organisiert Massenverkauf

die Bank, machten eine Haussuchung, trugen die Bücher und Geschäftspapiere in Säckchen fort. Die Presse, die sogenannte gutdenkende Presse, brachte Sondernummern mit riesigen Schlagzeilen. Unter den kleinen Sparern dieser reinen Arbeiterbank, brach eine Panik aus. Am Nachmittag noch bildeten sich endlose Schlangen von Leuten, die ihr Geld abheben wollten.

Wenn so etwas selbst der größten Bank passiert, geht sie im Handumdrehen bankrott. Das geschah auch der Arbeiter- und Bauernbank. Es nützte nichts, daß in der Generalversammlung die Aktionäre in einer unbeschreiblichen Begeisterung ihre Aktienpakete in den Saal warfen, um der Bank zu helfen, daß tausende Kleinsparer ihr Geld wieder zur Bank zurückbrachten. Das gewollte Unheil war geschehen. Die Bank mußte ihre Zahlungen einstellen. In dieser Beziehung wenigstens hatte der Ministerpräsident Tardieu sein Ziel erreicht. Alle kommunistischen Arbeiterorganisationen und Zeitungen hatten ihre Gelder in dieser Bank deponiert und standen dank der Polizeiaktion plötzlich vor dem Nichts. Was Herr Tardieu außerdem noch wollte, nämlich wenigstens Spuren des „rollenden Rubels“ entdecken, gelang ihm nicht, da dieser „rollende Rubel“ eben nur in seiner und der Bourgeoisie Phantasie bestand.

Am schwersten wurde die „Humanité“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei betroffen. Die Huma befand sich Zahlungsverpflichtungen von 2,5 Millionen Francs gegenüber. Das war damals sehr viel Geld. Ein historischer Aufruf des Direktors der Huma, des damals schon alten Marcel Cachin, brachte in wenigen Tagen diese Summe zusammen. Die Huma war damals schon ein großes Informationsblatt, welches von Werktätigen aller politischen Richtungen gelesen wurde und so kann man ruhig behaupten, daß die ganze französische Arbeiterklasse durch Spenden von Stunden- und Tageslöhnen am Weiterbestand der Zeitung teilnahm. Aber es geschah noch etwas.

In den Kreisen der Leser bildeten sich spontan Gruppen, die es sich zur Aufgabe stellten, die Huma gegen weitere Angriffe

zu verteidigen und darüber hinaus an ihrem Vertriebe aktiv teilzunehmen. Im folgenden Jahre bildete sich eine ganz Frankreich umfassende Organisation, die CDH, Verteidigungskomitee der „Humanité“. Niemand sah damals voraus, welche Rolle im Vertriebe der Zeitung einmal diese freiwilligen Verkäufer spielen würden.

Sie verkaufen heute auf den Straßen, den öffentlichen Plätzen, den Eingängen zur U-Bahn, den Straßenbahnhaltestellen, den Märkten, den Sportplätzen, den Versammlungen, den Demonstrationen, vor den Toren der Fabriken. Überall, wo Menschenmengen sich drängen, bis auf die Pferdebahnen, überall hört man sie sonntags: Lest, kauft, vertreibt die „Hu-

manité“, das Organ der Wiedergeburt Frankreichs, das Organ der Kommunistischen Partei Frankreichs.

1931 waren es 70 CDH, die einen Massenverkauf versuchten. Am 31. Mai verkauften sie 6300 Exemplare. Die Zahl der Komitees wächst schnell, geht zurück, wächst wieder. Am 31. Dezember 1935 verkauften sie 69750 Exemplare. In den Jahren 1936-37-38 steigt die Verkaufsziffer dauernd. Terror und Unterdrückung setzt ein. Die CDH bleiben was sie sind, die Besten. Der Krieg bricht aus. Die erste illegale Nummer der Huma erscheint in 316 Exemplaren. Sie findet Tausende von Lesern auch ohne CDH. Dann setzt der illegale Vertrieb ein. Hunderte CDH haben mit ihrem



Mitglieder des Verteidigungskomitees der „Humanité“ auf dem Markt. Polizei steht überall herum

Leben dafür gezahlt, ihrer Zeitung treu geblieben zu sein. Als letztes Opfer fällt Roger Cautier, 17 Jahre alt. Von den Kugeln der SS getroffen, bricht er tot über seinem Paket Humanités zusammen.

1947-48 verkaufen die CDH sonntags 280000 Exemplare. Die Regierung verbietet das Erscheinen der Zeitungen am Sonntag. Da bringt die „Humanité“ eine Wochenzeitschrift unter dem Titel: Huma am Sonntag, heraus, deren Vertrieb ausschließlich auf den CDH beruht. Die Sonntagszeitung zieht im Durchschnitt 500000 Exemplare und zählt zu den größten Wochenzeitschriften Frankreichs.

Man muß sich nicht vorstellen, daß CDH sein, immer eine ruhige Sache war oder ist. Die anderen Zeitungen versuchten das Monopol der CDH auf den Straßen zu brechen. Sie stellten an den strategischen Punkten stämmige Verkäufer auf, die gleich immer in Massen erschienen und meistens gut bezahlt waren. Es kam zu Schlägereien auf den Märkten. Kameraden mußten Schutztruppe um die CDH spielen. Vor kurzem noch kam es zu so schweren Auseinandersetzungen, daß die Polizei die günstige Gelegenheit ergriff, um den Verkauf von Zeitungen auf den Märkten zu verbieten. So gibt es auf allen Pariser Märkten sonntags ein großes Polizeiaufgebot und unsere CDH sind gezwungen, auf den umliegenden Bürgersteigen ihre Stände aufzuschlagen. Man erlebt da manchmal recht drollige Diskussionen zwischen den Polizisten und den CDH, wo die Grenzen des Marktes liegen. Sofort stehen ein paar Dutzend Menschen herum, die regelmäßig für den CDH Partei ergreifen.

In der letzten Zeit haben die Faschisten des Generals De Gaulle zu einem neuen Mittel gegriffen. Sie beauftragen alte Frauen und Männer mit dem Verkauf ihres Blättchens.

„Ja“, meint man dicker Freund, der CDH, „was willst du machen. Da steht man machtlos vis-à-vis. Na, wenn schon, verkaufen tut sie ja doch nichts hier. Sie steht nur da, für ein paar Groschen, die sie ihr dafür geben. Es ist eine Schande, daß diese Bande, die Not und das Alter so ungestraft ausnützen darf. Na, das wird sich ja mal ändern“, und deshalb:

„Lest, kauft, vertreibt die „Humanité“, das Blatt der Werktätigen!“

MANNHEIM

Paragrafenreiterei oder Erleichterung für die Armen?

Wirtschaftsausschuß debattiert über die Freibank Neckarstadt — Neue Autobuslinien
Anschaffungen für die Stadtwerke und die Schlachthofmisere

Geistlicher contra CDU

Es kommt eigentlich reichlich selten vor, daß einmal ein Geistlicher die politischen Fehler der christlichen Partei Westdeutschlands öffentlich aufzeigt. Um so bedeutungsvoller ist deshalb die unverblühte Stellungnahme eines schwäbischen Pfarrers als Diskussionsredner auf einem öffentlichen Forum in Illingen zu werten, der sich in scharfen Worten gegen die dunklen Machenschaften der Reichen im Staate Adenauers aussprach, während man den Armen den letzten Groschen für Steuern herausholen würde.

Es ist nicht verwunderlich, daß diese offene Kritik einem auf dem Forum anwesenden Bundestagsabgeordneten der CDU nicht gefiel. Aus diesem Grunde glaubte er den Geistlichen unbedingt in die „nötigen Schranken“ weisen zu müssen, was ihm aber schlecht gelang. Angeregt durch das empörende Verhalten des CDU-Mannes packte nun der Geistliche erst richtig aus. „Sie sollten das christliche aus ihrer Flagge streichen...“ rief er ihm zu. „Sie sind ein CDU-Mann und wollen ein Christ sein; es gibt aber nur eine Partei, die wirklich die Großen zum Lastenausgleich heranziehen will.“

Es dürfte nicht schwer sein zu erraten, wen er mit dieser einen Partei nur gemeint haben konnte. Auch ist es bekannt, daß lediglich die KPD immer wieder und mit aller Entschlossenheit die konsequente Durchführung eines gerechten Lastenausgleichs forderte.

Als der Geistliche dem CDU-Abgeordneten mit schwäbischer Gründlichkeit anständig die Leviten gelesen hatte, verließ er demonstrativ den Saal und unter dem Eindruck seiner gewaltigen Worte schlossen sich ihm zwei Drittel der Anwesenden an. Zahlreiche Pfui-Rufe bekundeten nachdrücklich die Empörung über das seltsame Verhalten des „christlichen Abgeordneten“.

Dieser Vorfall dürfte auch den Leuten in den Parlamenten, die so gern mit dem „Privileg der Christenheit“ hausieren gehen, schwer auf dem Magen liegen, zudem es sich um jemand handelt, der das peinliche Thema des Christentums der Tat unmißverständlich allen Namensträgern ans Herz legte. (Nach Stuttgarter „Volksstimme“)

Ist es denkbar, daß sich eine längere, hartnäckige Debatte entspinnt, daß Paragrafen, Gewohnheitsrecht und sonstige Hinderungsgründe angeführt werden, wenn es sich darum handelt, dem vollauf berechtigten Wunsch der ärmsten und von der „Befreiung“ der Wirtschaft am stärksten betroffenen Menschen in der Mannheimer Bevölkerung zu willfahren? Dieses geschah im Verlauf der Sitzung des Wirtschaftsausschusses Stadtrat Elmuth auf den seinerzeit abgelehnten Antrag der kommunistischen Stadtratsfraktion zurückkam, die vor einiger Zeit verfügte Aufhebung der Freibankstelle in der Neckarstadt rückgängig zu machen.

Es gibt doch in der Neckarstadt, die heute den dichten Kern der Mannheimer Bevölkerung enthält, Hunderte von Sozialrentnern, mittellosen Körperbehinderten, sowie alten und gebrechlichen Leuten und sonstigen Armen, die auf das Freibankfleisch angewiesen sind und denen der Weg zur Freibankstelle im Schlachthof aus finanziellen Gründen oder wegen ihrer körperlichen Hilflosigkeit eine schwere Belastung bedeutet oder gar unmöglich ist. Diese Menschen hatten bisher die Möglichkeit, sich ohne viel körperliche Beschwerden und ohne Fahrtkosten das Freibankfleisch in der Neckarstadt selbst zu besorgen, aber nun wurde ihnen diese Erleichterung ihres schweren Daseins durch Anordnung der Stadtverwaltung genommen. Und was sind die Gründe, die Bürgermeister Trumpfheller den eindringlichen Vorstellungen der kommunistischen Stadträte Elmuth und Kober entgegenzustellen sich bemühte?

Nach einem Paragraphen der badischen Freibank-Verordnung seien Freibankstellen neben der des Städtischen Schlachthofes nicht zulässig. Auch der Hinweis darauf, daß z. B. in Stuttgart neben der Städtischen Freibank noch neun andere Freibankstellen im Stadtgebiet vorhanden sind, konnte die Scheu vor diesem badischen Paragraphen nicht beheben. Die Stuttgarter könnten sich auch einmal nach den Badensern richten — meinte ein Diskussionsredner. Die 20 Pfg. Verbilligung beim Freibankfleisch, die Bürgermeister Trumpfheller weiter ins Feld führte, werden ja durch den Fahrpreis zu einer Verteuerung. Andere Gründe, die eine persönliche Not enthielten, wurden ebenfalls von den Befürwortern des Antrages widerlegt. Stadtrat Schweizer, der sich außer den beiden kommunistischen Stadträten allein für die Beibehaltung der Neckarstadt-Freibank einsetzte, führte ein Schreiben des Gewerkschaftsbundes an. Es war alles umsonst.

Schließlich muß doch darauf hingewiesen werden, daß alle die Bedenken und Paragraphen, die jetzt gegen die Beibehaltung der Freibankstelle Neckarstadt angeführt werden, doch bereits bei ihrer Einrichtung be-
standen haben und doch damals wohl als unwesentlich erkannt worden sind, weil unheilbaren Zuständen, die ohne „para-

graphische Genehmigung“ lange Zeit bestanden hatten und geduldet wurden, beseitigt werden mußten. Und nun soll der damals geschaffene Zustand, der vielen Hunderten von Menschen in der Neckarstadt wie eine Erlösung aus menschenunwürdigen Verhältnissen kam, wegen einem Paragraphen der „badischen Hemisphäre“ des Staates Württemberg-Baden nicht mehr tragbar sein?

Man einigte sich endlich daraufhin, daß Bürgermeister Trumpfheller die ihm übermittelten Unterlagen der Direktion des Schlachthofes zur Prüfung übergeben wird, worauf die Angelegenheit dann nochmals beraten und verabschiedet werden soll. Hoffen wir, daß die Sache der Hilfsbedürftigen auch die Hürde der badischen Freibank-Verordnung überwindet und der alte Zustand wieder hergestellt wird.

Die Schlachthof-Misere war ebenfalls ein Verhandlungsthema im Wirtschaftsausschuß und Bürgermeister Trumpfheller konnte nachweisen, daß alles getan worden ist, um die unhaltbaren Zustände zu beheben. Mannheim hat nun sogar in

einer Eingabe an den Bundes-Ernährungsminister diesen um seine Intervention gebeten. Ein SOS-Ruf also an die höchste Instanz — ob er bei der Besatzungsmacht etwas nützen wird?

Zugestimmt wurde im Straßenbahn-Ausschuß der Einrichtung einer Autobus-Verbindung, die in der Zeit des Berufsverkehrs zwischen Neuhermsheim und Neustheim und in der Zwischenzeit zwischen der Hauptfeuerwache und dem Diakonissenhaus in 13 Min. bzw. 30 Min. Turnus den Verkehr verbessern soll. Die Einrichtung weiterer Linien bzw. die Verbesserung der bestehenden ist aus Wagenmangel vorerst nicht möglich. Für die Anschaffung einer Schaltanlage im Unspannwerk I von der Firma BBC sind 40 000 DM vorgesehen, die in mehreren Raten bis 1. 1. 1951 ausgegeben werden sollen. Die Stadtwerke haben Gelegenheit, für ihre Gasaufbereitungsanlage sehr gut erhaltene gebrauchte Anmoniak- und Benzol-Wascher für 45 000 DM billig zu erwerben. In beiden Fällen stimmte der Wirtschaftsausschuß zu.

Narrenschiff auf hoher See...

Frohsinn und Humor bei „Fröhlich Pfalz“

Unter diesem Motto eröffnete am Samstagabend Präsident Carl Blepp in dem buntdruckierten Saal des „Bernauer-Brück“ die zweite karnevalistische Sitzung. Sofort beim Betreten des überfüllten Saales sprühte man den Fortschritt in der Entwicklung der Narretei. Die Narrenmützen beherrschten den Saal und kaum ein ungekröntes Haupt war zu entdecken. Auch diesmal ging es nicht ohne den Narrenball-Marsch und viel „Ahoi“.

Als erster Redner stieg Fritz Körner in die Bütte. Er ist einfach undenkbar ohne die politische Satire. Wenn den zweiten Büttenredner die Kapelle auch mühsam hochpöppeln mußte, und seine Witze ziemlich „au waren, so war es beim dritten Auftritt Else Ette zu verdanken, daß man darüber großzügig hinweg sah. Als „Mutti des Abends“ eroberte sie sich im Sturm die Herzen aller Anwesenden. Bei ihrem Erscheinen stieg erst das Stimmungsbrometer. In der Szenerie der „Dame aus dem Vorstadtvariété“ brachte sie mit ihrem gesanglichen Darbietungen den Saal in stimmungsvolle Bewegung.

Hannelore Meyer hatte es wieder ausschließlich mit den Männern zu tun. Ihr Bühnenäußeres hätte eine Renovierung nötig. Die 6 frohen Sänger leisteten mit gut ausgebildeten Stimmen einen angenehmen Beitrag und ernteten reichlichen Beifall. Auch die zwei Balletteuszen zeigten anerkennende tänzerische Leistungen. Ihr Auftritt als Zigeunerinnen im zweiten Teil war einschlägig. Die vorzüglichen Darbietungen wurden durch impulsiven Applaus belohnt.

Rudi Wöhner stieg als instatistischer Ausländer mit unverkennbar sächsischem Dialekt studienhalber in die Bütte. Seltene Witze und ununterbrochene Humoresken erzeugen dröhnendes Lachen. Der zum Repertoire der „Fröhlich Pfalz“ gehörende Fritz Platz war als Dienstmann unentbehrlich. Zeitgemäße Einlagen von Format verstärkten seine Popularität.

Der „Wormser Mops“ in der Bütte machte ebenfalls in Humoresken. Seine ziemlich ungezwungenen und lockeren Witze waren mitunter scharf gewürzt. Pfeifen im Saal veranlaßte auch Carl Blepp, ihm „Besserung“ anzuraten.

Zwei Idealbüttenredner wirkten in der Wiederholung vom letzten Male immer noch neu. Viel Politik und „Sexualpsychologie“ erwiesen sich als ewig beliebte Themen.

Als Juwel des Abends erschien Toni Haag und sorgte für einen denkwürdigen

Abschluß. Neben seinen ländlichen Bekannmachungen beschäftigte er sich vor allen Dingen mit den Besatzungsmächten. Das Thema hatte eine heitere Note, aber einen ernsten Hintergrund, und ein tiefer Sinn lag in den zwanglosen Witzern.

Die Imitation Hitlers war zwar zwerchfellerschütternd — Gesten und Aehnlichkeit waren verblüffend — aber nicht aktuell genug. Feitenhans hätte beispielsweise lebendiger gewirkt.

Doch kann abschließend behauptet werden, daß diese vier Stunden bunter Unterhaltung wirklich inhaltsvoll waren. Ueber allem erklangen immer wieder die unverwundlichen Pfälzer Karnevalslieder als festliche Umrahmung.

Winterfeier der KPD Ortsgruppe Ketsch

Im gut besetzten Saal des Lokals Enderle veranstaltete die Ortsgruppe Ketsch der KPD am Sonntag, 15. Januar, eine Winterfeier. Die zahlreich erschienenen Besucher kamen bei den Darbietungen der Theater-Abteilung des Musik- und Theatervereins Ketsch unter Leitung von Egon Fuchs voll auf ihre Rechnung. Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch eine kurze Begrüßung des Ortsgruppen-Vorsitzenden Kilian Fuchs. Bevor der unterhaltende Teil der Veranstaltung zum Zuge kam, sprach R. Hofmann vom Kreisvorstand Mannheim kurze ernsthafte Worte zum Gedenken der toten Kämpfer Lenin, Liebknecht und Luxemburg.

Sodann folte in flotter Folge das unterhaltsame Programm ab, musikalisch begleitet durch die Kapelle Baro. Es gab viel fröhliches Lachen, insbesondere über den kurzen Sketch „Die Nudelberger Hofkapelle“ und „Der Grobschmied“. Viel Beifall: erntete das Geschwisterpaar Deutsch mit seinen gesanglichen Darbietungen. Zwischendurch ergab die Verlosung und Versteigerung neuen Anlaß zur Heiterkeit und zur Spendung wertvoller Gewinne. Alles in allem hat diese Veranstaltung bewiesen, daß die Ortsgruppe Ketsch der KPD mit der Bevölkerung ihres Ortes in engem Kontakt steht.

Theater des Volkes
Das reizende Märchen „Zwerg Nase“ wird durch das „Theater des Volkes“ am Mittwoch, den 18. Januar, 15.00 Uhr, im Franziskushaus in Waldhof aufgeführt. Den Kartenvorverkauf haben das Zigarrenhaus Faulhaber, Oppauer Straße 2; Schuhhaus Münzer, Gartenstadt, Rainerplatz 1 und Allegri im Franziskushaus, übernommen. Die Theaterleitung bittet den Vorverkauf zu benutzen und hofft, allen Märchenfreunden von Waldhof, Luzenberg und Gartenstadt eine Freude zu machen. Der Eintrittspreis beträgt -60 bis 1.- DM.

Mammuzahn gefunden
(Iw.) Ein Schreinermeister hat kürzlich im Mannheimer Stadtzentrum bei Grabarbeiten einen Mammuzahn gefunden. Der Zahn, der 23 cm breit ist, wurde einem bekannten Heidelberger Geologen zur wissenschaftlichen Begutachtung übergeben.

289.- DM

haben die Mannheimer Betriebsgruppen bereits aufgebracht für den Aufbau einer

eigenen Volksdruckerei

Es rechnen ab:			
BG Daimler-Benz	100 DM	BG Spiegelfabrik	27 DM
BG Motorenwerke	50 DM	BG Hommelwerke	25 DM
BG Fondel	32 DM	BG Hubermühle	25 DM
BG Hutchinson	30 DM		

Das BADISCHE VOLKSECHO ist in eurem Kampf im Betrieb, an der Arbeitsstelle eine wichtige Hilfe. Das VOLKSECHO hat es sich zur Aufgabe gemacht, gerade in den Fragen des Lohns und der Arbeitsbedingungen immer und jederzeit

die Interessen der Arbeiter

zu vertreten.

Genossen!

Das VOLKSECHO kann diese Aufgabe noch besser erfüllen, wenn es in eigener Druckerei erscheint. Deshalb:

Schafft dem „Volksecho“ eine eigene Druckerei!

Noch sind viele Ausgaben zu machen. Die eingegangenen Beträge sind erst ein Anfang! Jeder muß mithelfen!

Macht die Stimme der Wahrheit stark!

Bring' auch Du

Deinen Baustein zur Volksdruckerei!

FRIEDENS-KUNDGEBUNG

aus Anlaß des Gedenkens

Lenin-Liebkecht-Luxemburg

Freitag, 20. Januar, 19.00 Uhr, im Musensaal des Rosengartens.

Ansprache: Robert Wiegand, Essen
Mitglied des Parteivorstandes der KPD

Es spielt ein Streichorchester, Rezitatoren und Chöre.

Kartenvorverkauf durch unsere Funktionäre in den Betrieben und Stadtteilen.

Fristlose Entlassung ist vorsichtig zu behandeln

„Die arme kleine Quetsche...“

Das Landesarbeitsgericht verurteilte am Montag die Firma Beckenbach wegen unbegründeter fristloser Entlassung eines Lehrlingens zur Zahlung der noch ausstehenden Erziehungsbeihilfe von 225 DM und den Gerichtskosten im Streitwert von 1000 DM. Eine Schadenersatzforderung auf Grund der verpönten Lehre wird sich noch anschließen.

Nachdem im Prozeß Stumpf gegen Beckenbach auch in 2. Instanz durch die zu Gunsten der Firma gemachten Aussagen eines noch dort beschäftigten Lehrlingens noch keine Urteilsprechung stattfinden konnte, hat das Landesarbeitsgericht dem Beweisantrag des Vertreters des entlassenen Lehrlingens stattgegeben und durch einen Gerichts- und Beweisbeschuß nachträglich zwei weitere Zeugen zur Belastung der Firma zugelassen.

Im Wesentlichen ging es bei den beiden ersten Terminen um einen Fall krasser Lehrlingsausbeutung mit Vertragsbruch des Lehrverhältnisses. Ein sofort angeregter Vergleich des Vorsitzenden scheiterte an der Tatsache der nun einmal in die Brüche gegangenen Lehre. Als die Sprache auf den versäumten Antrag der Konventionalstrafe kam, will der Chef auf einmal schriftlich gekündigt haben. Sein Anwalt ließ einen Wisch auf den Richtertisch flattern, der aber unvollständig, papierkorbreif wurde.

Die daraufhin einsetzende Fortsetzung der Beweisaufnahme brachte ein neues Aufgebot kampfbereiter Zeugen, sehr zum Unwillen des Vorsitzenden, der den Prozeß endlich beendet sehen wollte. Springender Punkt waren die zweifelhaften Aussagen eines Lehrlingens.

Der Richter, dem das reichliche Zeugenangebot selbst auf die Nerven ging, meinte sehr richtig, „wenn der Prozeß noch länger dauert marschierst du nach Mannheim auf...“

Grundsätzlich kristallisierte sich die einzig angebrachte Frage heraus, ist die Kündigung rechtskräftig oder nicht? Sie war es nicht, sehr zum Bedauern des gegnerischen Anwalts, der krampfhaft redete und versuchte, „Steinchen auf Steinchen zu einem belastenden Mosaik“ zusammen zu bauen. Die „Phantasia der Jugendlichen“ hatte es ihm besonders angetan. Wenn der Vorsitzende nicht

rechtzeitig eingehakt hätte, würde dieser Prozeß wahrscheinlich noch eine 4. und 5. Instanz erfahren haben.

Es ist anzunehmen, daß der Lehrherr aus dem bisherigen Verfahren auch eine „Lehre“ mit nach Hause genommen hat, nämlich die, daß er nun weiß, was in einem Lehrvertrag steht und was nicht.

Der Polizeibericht meldet:

Wenn Alkohol seine Wirkung tut

Unter dem Einfluß von Alkohol stehend, bewegte sich der Fahrer eines Lkws auf der Alten Frankfurter Straße sehr unsicher. Zunächst kam er mit einem auf der äußersten rechten Seite entgegenkommenden Fkw in Kollision, dessen Seitenwand erheblich beschädigt wurde, um dann etwa 100 Meter weiter eine Radfahrerin anzufahren. Dabei kam die Frau auf den Kühler des Lastwagens zu liegen und zog sich beim Herunterfallen Prellungen an den Knien zu. Der Lkw-Fahrer wurde zwecks Entnahme einer Blutprobe nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht.

Bei gleiche Ursache spielte eine Rolle bei dem Unfall, der sich auf der Sandhofer Straße in der Nähe der Firma Böhringer Söhne ereignete. Dort wurde ein Mann, der betrunken war, von einem in Richtung Luzenberg fahrenden Lkw erfaßt und durch die Wucht des Anfahrens auf den Boden geschleudert. Mit einer etwa 6 cm langen Platzwunde am Hinterkopf mußte sich der Verletzte in ärztliche Behandlung begeben.

Er griff gleich zum Messer

Recht aggressiv benahm sich auf dem Waldhof ein 23 Jahre alter Arbeiter, der nach einem Wortwechsel mit seinem Taschenmesser gleich zum Angriff schritt und seinem Gegenüber einige Stiche versetzte. Zum Glück erwiesen sich die Verletzungen nicht als besonders gefährlich, so daß der Verletzte nach vorübergehender Krankenhausbehandlung wieder entlassen werden konnte. Der Messerheld entzog sich zunächst seiner Festnahme durch die Flucht.

Werner's
moderne Kleiderpflege
chem. Reinigung
Mannheim, S 3, 13
Betrieb U 1, 6
Tel. 434 24

M
LEIPZIGER MESSE
der grosse internationale Markt für Konsumartikel und Produktionsmittel
5-12. MARZ 1950
Auskünfte erteilt die zuständige Industrie- und Handelskammer oder die Handwerkskammer

Wohnungstausch
Berlin-Mannheim u. Umgebung
Biete 2 schöne Zimmer, Küche, Bad, Keller, Garten in Berlin-Lichtenberg gegen gleiche oder 1 Zimmer u. Küche. Angeb. unt. Nr. 10 an den Verlag.

Echtes Bier, Ltr. 20 Pfg. Rezept dazu 2 DM franko (nur für eiz. Haushalt).
Chiemgau-Chemie (136)
Marquartstein Nr. 21

Werden auch Sie Kunde
unserer neuingerichteten
Leihbücherei
Wir sind in der Lage, alle Leserwünsche zu erfüllen.
Bei Eintritt in die Bücherei wird 1 Buch gratis gegeben.
Volksbuchhandlung - S 3, 10

FILMTHEATER

„Wer diesen Film versäumt — versäumt mehr als einen Film!“
(Berliner „Abend“)

ALSTER
0 3, 6
Telephon 446 07

„Der dritte Mann“
Beginn: 14.00, 16.00, 18.15, 20.30 Uhr.

Voranzeige! Ab Freitag:
„Käthen für Alles“
Ein neues deutsches Lustspiel mit Hannelore Schroth — Willy Fritsch und vielen anderen bekannten Darstellern

Nur noch heute und morgen!
Ein spannender und hochinteressanter Wildwestfilm

CAPITOL
Am Meßplatz
Telephon 511 86

„Ehe ohne Liebe“
Dramatische Höhepunkte, Sensation und Humor zur Zeit der Indianerkämpfe am Ohio!
Beginn: 14.00 - 16.30 - 19.00 - 21.00 Uhr

Voranzeige ab Freitag:
Johnny Weismüller in:
Tarzan in New York

Lachsvalen am laufenden Band in dem tollen Lustspiel

PALAST
Breite Str. 11, 6
Telephon 446 25

„Ich mach Dich glücklich“
Heinz Rühmann, Hertha Feiler u. v. a.
Beginn: 10.00, 11.45, 13.45, 15.45, 17.45, 20.00 Uhr

Bis einschl. Donnerstag: Spätvorstellung 22.00 Uhr, der spannende Kriminalfilm
„Zum schwarzen Panther“

Mit der Strömung Aus dem Buch „Das Mädchen Gulja“

von Jelena Iljina

Das schwerste Examen war überstanden. Gulja wollte sich einen freien Abend gönnen.

Nach dem Mittagessen fuhr sie zum Dnjepr. Sie ließ sich ein Boot geben, stieß vom Ufer ab, rückte sich bequem auf der Bank zurecht und ergriff die Ruder.

Ich fahre mit der Strömung überlegte sie, da strengt das Rudern weniger an.

Mit einem leichten Ruderstoß trieb sie das Boot in die Strömung. Eine zitternde Spur folgte den Kielwellen, die schmalen Wipfel der Pappeln schaukelten im Wasser, und das Boot glitt leicht dahin.

Die grünen Ufer traten bald zurück, der Ufersand schimmerte wie ein schmaler, gelber Streifen. Sie atmete leicht und frei.

Mein ganzes Leben lang könnte ich nur auf den Dnjepr schauen, nichts in der Welt ist schöner, dacht Gulja.

Sie blickte zurück. Die Stadt verschwamm im vorabendlichen Nebel. Oho, so weit bin ich schon. Zwei Kilometer, wenn nicht mehr. Es wird Zeit, daß ich umkehre. Gulja legte sich in die Ruder, drehte das Boot wieder mit dem Heck zur Stadt und trieb es weiter den Dnjepr hinunter. Gulja tat, was sie konnte, aber das Boot gehorchte ihr nicht, es trieb weiter und weiter, dem Fluß folgend.

Gulja, die schon lange nicht mehr gerudert hatte, schmerzten von der ungewohnten Anstrengung Schultern und Arme.

Eine Idiotin, so eine Idiotin, schalt sie sich selber, wie konnte ich nur so in den Abend hinein einfach drauflos fahren! Jetzt treibe ich wer weiß wohin, wenn das Boot nicht überhaupt kentert.

Der Dnjepr kam in Bewegung. Der Wind wurde mit dem Abend immer heftiger und eigensinniger. Nichts war zu sehen — weder ein Boot auf dem Wasser, noch eine Hütte am Ufer. Auf Hilfe durch andere konnte sie nicht rechnen. Es wurde immer dunkler.

Mit zusammengebissenen Zähnen kämpfte Gulja gegen den Fluß. Manchmal setzte sie sich durch, dann war er wieder der stärkere. Nein, dachte Gulja, so schaffe ich es nicht,

ich kann kaum noch die Ruder halten. Ich muß mich ausruhen.

Sie unterbrach den Kampf und legte die Ruder hin. Darauf schien der Dnjepr nur gewartet zu haben. Leicht und schaukelnd trug er das Boot mit Gulja dorthin, wohin er alles trug, was er einmal hielt — hinunter — hinunter . . .

„Macht nichts, weit verschleppt du mich nicht, sagte sich Gulja, nur erst mal ausruhen, dann kämpfen wir weiter. Sie besann sich auf ein von Kindheit an geliebtes Lied und sang:

„Kommt ein Sturm — wir werden kämpfen, werden unsere Kräfte messen . . .“

Durch diese schönen, kühnen Worte wurde sie ruhiger, vielleicht war es auch der Klang ihrer jungen, hellen Stimme.

Nach ein paar Minuten merkte sie, daß ihre Hände ausgeruht waren, die Schultern freier. Sie griff wieder nach den Rudern und langsam und gleichmäßig, wie man es ihr im Artek beigebracht hatte, zog sie die Ruderschaufeln durchs Wasser.

„Scharfe Wende über Steuorbord“, kommandierte sie sich selber. Endlich gehorchte das Boot: langsam drehte es sich mit dem Heck zur Mündung und dem Bug zur Stadt und näherte sich, über jede Welle schaukelnd, Meter um Meter dem Kiewer Landungssteig.

„Hinter Stürmen, hinter Wettern liegt die sel'ge Insel doch . . .“ sang Gulja.

Als sie die Bootanlegestelle erreicht hatte, war es schon ganz dunkel. Der alte Bootsmann schalt sie unwillig, während er ihr das Boot abnahm.

„Als allerletzte kommen Sie. Soll ich Ihre wegen hier übernachten, was?“

„Verzeihen Sie, Väterchen“, sagte das Mädchen. „Ich wollte nicht so weit fahren, die Strömung hatte mich fortgetragen.“

Halbtot vor Müdigkeit erreichte Gulja das Haus, noch nie hatte sie sich so zerschlagen gefühlt. Froßja bedauerte sie und brachte ihr das Essen ans Bett.

„Verstehst du, Frossenkä“, sagte Gulja und stopfte sich die Backen mit Warennikis (gefüllte Teigtaschen) voll aus denen der Kirschsaffur nur so spritzte. „Verstehst du, heute bin ich ohne jedes Training dem Teufel auf die Hörner geklettert . . .“

„Ai-jai-jai und ohne Training!“ bedauerte sie Froßja.



Blick auf den Swerdlow-Platz in Moskau. Im Hintergrund das Große Theater

Wohlgeborene, ungebetene Gäste

Aus dem Roman „Mutter verheiratet sich“ / Von Moa Martinson

Durch ihre Heirat mit meinem Stiefvater kam meine Mutter in eine merkwürdige Verwandtschaft hinein. Die gewichtigste Persönlichkeit unter ihnen, ein altes Fräulein — die ganze Verwandtschaft nannte sie Tante —, war Näherin und nähete bei den feinsten Patrizierfamilien in der Stadt. Diese Tante und die ganze übrige Verwandtschaft, welche die Ehre ihrer Gesellschaft genießen durfte, kam jeden Sonntag zu uns hinaus und aßen alles auf, was wir im Hause hatten. Alles, was wir eigentlich in der Woche essen wollten. Mein Stiefvater war Tagelöhner im Hof nebenan und verdiente wöchentlich acht Kronen. Meine Mutter arbeitete draußen auf dem Feld, ich glaube, jeden Tag arbeitete sie, für 75 Oere am Tage. Und ich war eben Hausfrau, so gut, wie ich mit meinen fast sieben Jahren irgendwie konnte. Aber jeden Sonntag kam die feine Verwandtschaft mit teuflicher Sicherheit, und für acht Kronen blieben eben nicht viel Butterbrote und Fleisch übrig.

Ich erinnere mich ganz genau, wie „Tante“ zum erstenmal zu uns herauskam. Ich bekam von ihr Puppenlappen und fünf Oere.

„Der arme Albert, der ein Kind versorgen soll, das nicht mal seins ist“, sagte das Weib und schüttelte mit dem Kopf zu ihrer Bekannten, die sie gerade mit hatte. Dann ging sie im Zimmer herum, strich mit den Fingern über Tische und Schrank um zu sehen, ob auch Staub dalag, wie eine wiederliche alte Schwiegermutter. „Hedwig ist sehr tüchtig“, nickte sie, als sie Mutters kleinen Vorrat von Handtüchern drei wohlgemangelte Laken, etwas Wäsche und wohlgebügelte weiße Männerhemden gesehen hatte. Ich war noch nicht ganz sieben Jahre alt, aber ich war so wütend, daß ich kochte. Ein siebenjähriges Kind,

„Das war eben der Fehler! Beinahe hätte mich die Strömung weggetragen. Aber das soll mir eine Lehre sein, du wirst sehen. Sobald ich mit dem Examen fertig bin, werde ich alle Tage rudern. Den ganzen Dnjepr von oben nach unten und von unten nach oben werde ich lang rudern.“

„Ai-jai-jai, schrecklich!“ seufzte Froßja.

„Ja, den ganzen Dnjepr, aber jetzt werde ich klüger sein. Sobald ich Kraft habe, gegen die Strömung hinauf, und wenn ich müde werde, lasse ich mich treiben!“

BÜCHERECKE

Jelena Iljina: „Das Mädchen Gulja“

Verlag Volk und Welt, Berlin, Tau- benstraße. Preis 6.70 DM.

Jelena Iljina schildert in einfachen Worten das Leben eines sowjetischen Menschen von seinen ersten Kindheitstagen an bis zum jähren Abschluß. Ein anderer Mensch tritt uns entgegen, ein freier, natürlich und ungezwungen lebender Mensch, geformt von der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Eindringlich prägt sich beim Lesen dieses Buches ein, welche Entwicklungsmöglichkeiten die jungen Menschen in der Sowjetunion haben und — wie empörend gerade diese Menschen dem faschistischen Überfall auf ihr Vaterland empfinden mußten.

Iljina schildert, wie das Mädchen Gulja mit derselben Selbstverständlichkeit, mit der sie im Frieden versuchte, das Beste aus ihrem Leben zu gestalten, sich im Kriege an die vorderste Front drängte und ihren Einsatz mit dem Leben besiegelte. Diesem Buch muß man wünschen, daß es in viele Hände gelangt.

Herbert Weichmann: „Allig in USA“

Verlag Dr. Ernst Hauswedell u. Co., Hamburg. DM 5.80.

Weichmann kehrte nach langjähriger Emigration nach Deutschland zurück. Fast sieben Jahre war er in den USA. Er schöpfte aus der Quelle der persönlichen Erfahrungen, die er, vom bitteren Anfang an, gesammelt hat. Weichmann schildert die Angst und die Hilflosigkeit des Einwanderers, der — ein armer Teufel — erkennt, daß er nicht teilhaben wird am Reichtum des „financial district“ von Manhattan. Auf ihn fällt nur der Schatten der Wallstreet und die Erkenntnis, daß er einen verurteilten schweren Weg vor sich hat. Ein Weg, der im Elendsquartier der „East-side“ auf der Boverly landet, oder aber vom Job zum besseren Job führt. Wieviel Dollars ist er wert? Das ist die immer wiederkehrende Frage, und was das Leben, das harte anbelangt, so hat die Traumfabrik Hollywood den Auswanderer in seiner Heimat geblüht, denn der Alltag in USA ist sauer.

Das Buch ist interessant geschrieben und voller Hinweise für das Greenhorn. Seine Mahnung an Europamüde ist:

„Bedenkt was Ihr aufgeb't und wertet, was Euch erwartet, bevor Ihr vorschnelle Entscheidungen fällt.“ H. P. W.

Wie stark sind Menschenknochen?

Die menschlichen Knochen sind in jeder Beziehung erstaunliche Meisterleistungen der Natur. Sie vereinigen einen hohen Grad der Festigkeit mit großer Elastizität und verhältnismäßig geringem Gewicht. Besonders widerstandsfähig sind die Schädelknochen, die das Gehirn, das edelste Organ des Menschen, schützen. Diese Widerstandsfähigkeit ergibt sich nicht allein aus ihrer Stärke, sondern auch aus ihrer erstaunlichen Elastizität. Der Schädel eines erwachsenen Menschen kann um volle anderthalb Zentimeter eingepreßt werden, ohne zu zerbrechen. Nur dieser Elastizität der Schädelkapsel ist es zu verdanken, daß Schädelbrüche bei Unglücksfällen und Schlägereien verhältnismäßig selten sind. Ein aus einem Menschenknochen herausgeschmittener Streifen von nur einem Quadratmillimeter Durchschnitt hat eine Zugfestigkeit von 17 Kilogramm. Ein ebenso großes Stück Hartholz würde nicht einmal die Hälfte dieser Belastung aushalten können.

Wußten Sie schon . . . ?

daß als neueste Errungenschaft der Uhrenindustrie winzige Kunstwerke aufgetaucht sind, die in Fingerringe eingebaut werden. Diese Miniaturuhren sind aber nichts Neues. Bereits im 16. u. 17. Jahrhundert wurden allerersten Uhren hergestellt, die man als Broschen in Finger- und Ohrringen und sogar als Frackknöpfe trug. Selbstverständlich nur die Leute, die genügend Kleingeld besaßen. daß der erste Bohnenkaffee in Deutschland 1637 in Merseburg getrunken wurde. Um ihn recht fein zu machen, nahm man zum Aufkochen statt des Wassers — Fleischbrühe.

Vererbung oder Umwelteinflüsse?

Zur Lage der biologischen Wissenschaft / Das Ergebnis der Lyssenko-Diskussion / Von Prof. Otto Urbach

Der Aufsehen erregende Vortrag des sowjetischen Biologen Lyssenko „Die Situation in der biologischen Wissenschaft“ und die sich an diesen Vortrag anschließende Diskussion vom 31. Juli bis 7. August 1948 in der Lenin-Akademie sind ein Ergebnis, dessen Bedeutung weit über die Grenzen der Sowjetunion hinausgeht. Ueber den Vortrag und die sich an ihn anschließende Diskussion sind wir durch einen stenografischen Bericht unterrichtet, dessen deutsche Uebersetzung aus der Feder von W. Höpner und J. Meier im Verlag „Kultur und Fortschritt“ (Berlin W 8) als 2. Beiheft der Zeitschrift „Sowjetwissenschaft“ herauskommen ist.

Von der Leidenschaftlichkeit, mit welcher auf jener Tagung der ideologische Kampf zweier Richtungen — nämlich zwischen der Vererbungstheorie und der Umweltstheorie oder zwischen dem Mendelismus und dem Mitschurinisismus — ausgetragen worden ist, macht sich der Außenstehende kaum eine Vorstellung. Etwa 700 Personen waren zugegen, Biologen, Agronomen, Zootechniker, Wirtschaftler. Etwa 50 Gelehrte, Forscher und Praktiker sprachen in der Diskussion in der großen Mehrheit für, aber zum Teil auch gegen den Standpunkt Lyssenkos. Es ging um ein ernstes wissenschaftliches Problem, und es wurde gekämpft mit den schwersten Geschützen des wissenschaftlichen Denkens.

Worum ging es bei diesen grundsätzlichen Auseinandersetzungen? Die Mitschurin-Richtung der Biologie geht, im Gegensatz zur Mendel-Richtung, davon aus, daß neue Eigenschaften der Pflanzen und Tiere, welche sie unter dem Einfluß der Umweltbedingungen erworben haben, erblich übertragen werden können.

Es geht also um die alte Streitfrage: Ist eine Vererbung von erworbenen Eigenschaften möglich oder nicht?

Es geht weiter um die Frage: Welche Rolle spielt die Umwelt bei der Entwicklung und Veränderung der Erbanlagen?

Die Lehren des Neodarwinismus, die mit dem Namen Weismann, Mendel, Morgan eng verknüpft sind, lehnen die Vererbbarkeit erworbener Eigenschaften ab. Sie nehmen eine besondere Erbsubstanz an. „In der Substanz der Chromosomen ist der gesuchte Träger der Vererbung zu suchen“ (A. Weismann).

Diese Chromosomen sind gewissermaßen eine Welt für sich, die unabhängig vom Körper des Organismus und seinen Lebensverhältnissen sind. Sie haben gewissermaßen ein ununterbrochenes Dasein, kennen keine Entwicklung und lenken doch die Entwicklung des lebendigen Körpers. Sie lenken den sterblichen Leib, werden aber nicht von ihm erzeugt. Die Vererbungssubstanz befindet sich also nach dieser Ansicht im Körper des Organismus in einem Behälter und — wird unabhängig von der qualitativen Eigenart des Körpers und seiner Lebensverhältnisse — an die folgende Generation weitergegeben.

Lyssenko bezeichnet diese Lehre als „mythisch“ und „metaphysisch“. Tatsächlich wird diese Lehre zur Verteidigung und philosophischen Stützung religiöser Anschauungen herangezogen. Wir erinnern an das Buch des bekannten Physikers und Naturphilosophen Erwin Schrödinger: „Was ist Leben?“ Schrödinger bekennt sich darin zur Chromosomentheorie von Weismann und folgert aus dieser: „... das persönliche Selbst ist gleich dem allgegenwärtigen, alles umfassenden ewigen Selbst.“ Diese Folgerung bereitet den Weg für einen „Beweis“ für „Gott und Unsterblichkeit“. Mit anderen Worten: Hinter der Chromosomentheorie steckt eine metaphysische, idealistische Ideologie.

Nun muß allerdings auch die Mendel-Morgan-Weismann-Richtung eine Veränderungsmöglichkeit der Vererbungssubstanz zugeben. Sonst gäbe es ja keine Entwicklung. Aber nach dieser Auffassung hat die Veränderlichkeit einen unbestimmten, unbestimmbar Charakter. Der Neodarwinismus spricht von „Mutationen“, d. h. plötzlichen Änderungen der erblichen Konstitution, Veränderungen der Vererbungssubstanz, „deren Entstehen nicht einwandfrei geklärt“ sein soll. Diese Mutationen haben angeblich keine bestimmte Richtung. Die Natur macht angeblich gleichsam unberechenbare Sprünge, die nicht vorauszu- sehen sind.

Lyssenko wendet sich mit aller Leidenschaft gegen diese Behauptung. Die Vererbung von Eigenschaften, die von den Pflanzen und Tieren in ihrem Entwicklungsprozeß erworben worden sind, ist nach Lyssenko möglich, ja, sie ist notwendig. Die erblichen Veränderungen sind vorausbestimmbar, und

„eine Lenkung der Natur der pflanzlichen und tierischen Organismen“ ist denkbar und durchführbar.

Lyssenko, der die Erfahrungen und Gedanken von Timirjasew und Mitschurin weiterführt, lehnt die These der Unabhängigkeit der Erbeigenschaften von den Lebensbedingungen der Pflanzen und Tiere ab. Eine Veränderung der Erbanlage des Organismus oder der Erbanlage einzelner seiner Teile ergibt sich stets als Resultat der Veränderung des lebenden Körpers selbst. Die Veränderung der Erbanlage, die Erwerbung neuer Eigenschaften, ihre Verstärkung und Anhäufung in einer Reihe aufeinanderfolgender Generationen ist stets durch die Lebensbedingungen des Organismus und die Umwelteinflüsse bedingt. Die Erbanlagen sind eben nichts anderes als die Eigenschaften des lebenden Körpers, für sein Leben, für seine Entwicklung bestimmte Bedingungen zu verlangen und in bestimmter Weise auf diese oder jene Bedingungen zu reagieren“ (Lyssenko)

Mitschurin hat die Grundlagen einer Wissenschaft von der Lenkung der Natur der Pflanze gepflegt. Auf dieser Grundlage ist eine schöpferische wissenschaftliche Biologie entstanden, welche — um ein Wort von Karl Marx sinngemäß in diesem Zusammenhang anzuwenden — die Natur der Pflanzen und Tiere nicht nur erkennt und erklärt, sondern auch planmäßig lenkt und nach Bedarf verändert.

Aufs Ganze gesehen hat die Lyssenko-Diskussion die Lehre der Neudarwinisten um Weismann, Mendel, Morgan und ihrer Parteigänger widerlegt und besiegt. Sie zeigte, daß der Mensch imstande ist, die Natur der Organismen mit Hilfe der unter der Kontrolle des Menschen stehenden Lebensbedingungen der Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen zu beherrschen.

Empfehlenswerte Literatur zur Lyssenko-Diskussion.

„Die Situation in der biologischen Wissenschaft von T. D. Lyssenko nebst Diskussion“, stenografischer Bericht, deutsche Uebersetzung: W. Höpner und J. Meier, 450 Seiten 5.— DM (Ost). A. A. Awajjan: „Vererbung erworbener Eigenschaften“, Sowjetwissenschaft 1/1949, Seite 143—182 6.— DM (Ost).

Beides im Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin W 8, Kanonierstraße 10.

Verstoß gegen die guten Sitten?

In Frankreich — verboten!

„Diese Woche sehen Sie „Mitschurin“ am Montag im Kristallpalast, am Dienstag im . . . am Mittwoch . . .“ Jeden Tag erscheint in der „Humanité“ diese kleine Annonce der „Freunde der Sowjetunion“, die den Film „Mitschurin“ in geschlossener Gesellschaft in Paris und ganz Frankreich vorführen. Der Film ist offiziell von der Zensur verboten. Er bedroht angeblich die öffentliche Ordnung und verstößt gegen die guten Sitten. Und nun hören Sie bitte zu und urteilen Sie selber.

„Dank der Intervention des Menschen scheint es möglich zu sein, alle Arten von Tieren und Pflanzen zu zwingen, sich schneller, als die Natur es tut, zu entwickeln und zu verändern, und das in einem für den Menschen günstigen Sinne . . .“

Der Mann, der diese Worte sprach, war weder ein Prophet noch ein Utopist. Seine, der offiziellen Wissenschaft revolutionär

Der Film, der fast ausschließlich in der Natur, zwischen Erde und Wasser, Blumen, bleibt auch nicht aus. Mitschurins Träume verwirklichen sich Blumen und Früchte wachsen weit hinter dem Polarkreis. Große zden des zaristischen Rußlands, bis über den Ozean. Amerikaner machen ihm herrliche Angebote, die er ablehnt, da er seine Erfolge in erster Linie seinem Vaterland zugänglich machen möchte. Nur die offizielle, zaristische Wissenschaft, mit wenigen Ausnahmen, versagt ihm jede Anerkennung. Jede Unterstützung und treibt ihn in tiefste Not. Es fehlt ihm überall an Mitteln. Seine Frau stirbt und noch immer kämpft er weiter gegen diese Natur, die den Mendelschen Gesetzen der Erbfolge immer wieder recht zu geben scheint.

Und dann kommt die Oktoberrevolution und Mitschurins Leben und Arbeit ändert sich von Grund auf. Der Sowjetstaat gibt



Amerikaner kamen, um Mitschurin mit samt seinem Garten, seinem Treibhaus und seinen Blumen und Büumen für Amerika aufzukaufen. Mitschurin lehnte ab; seine Arbeiten sollten zu allererst seiner Heimat zugute kommen. — Rechts der Schauspieler G. Bielow als Mitschurin in dem gleichnamigen Film

erscheinenden Worte haben sich inzwischen in einem riesigen Rahmen bewährt. Der Mann hieß Mitschurin und der Film stellt sich die Aufgabe, das Leben dieses großen Suchers, dessen Theorien und Experimente heute schon in der Sowjetunion einen Teil des Erdangesichts verwandelt haben, wiederzugeben.

Mitschurin war von Beruf Uhrmacher und außerdem und in der Hauptsache Gärtner. Was seine Uhrmacherei ihm einbrachte, ging in seinem Garten drauf. Nur von einem braven Alten und seiner tapferen Frau unterstützt, widmete er sich unermüdet Experimenten an der Natur. Man betrachtete ihn als ein bißchen verrückt in Koslow. Will er nicht in dieser traurigen Gegend Pfirsiche wachsen lassen, wo nachweislich seit Jahrhunderten Pfirsiche nur 600 km weiter nach Süden zu gedeihen? Und trotzdem, Mitschurin hat Erfolge. Er verwandelt Blumen ihre Blätter, ihre Blüten, ihre Düfte. Hat er nicht eine violette Lilie geschaffen, die wie Pflaume riecht? Und Mitschurins Rudr dringt über die Grenz-Laboratorien, Baumschulen, Treibhäuser setzen Mitschurins Ideen und Theorien in die Praxis um. Die Stadt „Koslow“ wurde zu „Mitschurin“ als ein äußeres Zeichen der Dankbarkeit seines Vaterlandes.

ihm die Mittel und die Möglichkeiten zu einer erfolgreichen Arbeit. Der Erfolg Blüten und Früchten spielt, leicht sich ganz besonders dem Spiel der Farben. Darüber hinaus versuchte der Regisseur, Alexander Dowjenko, und das mit großem Erfolg, die Farben in die Aktion selbst einzubauen.

Wo und wie der Film gegen Ordnung und Moral verstößt, ist einfach nicht herauszufinden. Es ist ja auch unnützlich, danach zu suchen. Der Film ist ein Sowjetfilm. Er schildert das Leben eines Autodidakten, der sich an die Spitze der großen Wissenschaftler hebt und eine Revolution der biologischen Wissenschaft herbeiführt, und seine Kenntnisse und Arbeiten ausschließlich in den Dienst der Menschheit stellt. Das genügt im heutigen Frankreich, den Film zu verbieten.

Der Meister sagt beim Essen zu seinem Lehrburschen, im stillen die Knödel zählend, die der Junge Stück für Stück verdrückt:

„Mit dem Essen soll man aufhören, wenn es einem am besten schmeckt!“

Der Knirps langt gerade zum fünften Male in die Schüssel und erwidert: „Aber mir schmeckt's ja jetzt noch gar nicht am besten!“

KARLSRUHE

Wir können uns das leisten

Nach der letzten Statistik des Karlsruher Wohnungsamtes betrug im Monat Dezember 1949 die Zahl der wohnungssuchend registrierten Familien 4989.

Wenn man berücksichtigt, daß es sich in der großen Mehrzahl der Fälle um kinderreiche Familien handelt, so kann man ohne Uebertreibung sagen, daß in Karlsruhe ungefähr 15-20000 Menschen ohne genügenden Wohnraum zusammengepfercht leben.

Auch die Daxlander Bevölkerung freut sich über den pompösen Neubau, der sich in der verlängerten Valentinstraße im Frühjahr und Sommer vorigen Jahres dort erstellte wurde.

Nur eine Kleinigkeit fehlt, nämlich seit vier Monaten die Bewohner dieses Wunderbaues. Man munkelt so allerhand von Schikanen der Bauaufsichtsbehörden und von anderen dunklen Kräften einer allmächtigen Bürokratie, die hier angeblich Schwierigkeiten gegen den Bezug des Hauses machen soll.

Die Bevölkerung und die 15-20000 zusammengepferchten Menschen in Karlsruhe jedenfalls haben absolut kein Verständnis für solche empörende Zustände, und fordern alle maßgebenden Verwaltungen auf, sofort Abhilfe zu schaffen.

Warum noch keine Freifahrtvergünstigungen?

Karlsruhe. Am Dienstag führte die Oberpostdirektion eine Pressebesichtigung ihrer Hauptwerkstatt für Postkraftwagen in Grünwinkel durch.

Während sich die Zahl der Arbeiter des Karlsruher Betriebes vor dem Krieg auf 300 belief, sind zur Zeit etwa 200 Arbeiter beschäftigt.

Dank des Fleißes der Belegschaft konnte ein Großteil der durch Kriegseinwirkung bis zu 80 Prozent zerstörten Gebäude in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder aufgebaut werden, so daß die laufend anfallenden Reparaturen des Wagenparkes nahezu reibungslos durchgeführt werden können.

Im Hinblick auf diese Tatsache wäre es nur recht und billig, wenn sich die OPD endlich dazu entschließen könnte und diesen Arbeitern, ähnlich wie das bei der Bahn der Fall ist, Urlaubsfreifahrten zubilligen würde.

Hochschul-Nachrichten

Astronomischer Vortrag

Dozent Dr. Fr. Gondolatsch, früherer Universität Berlin, jetzt Astronomisches Recheninstitut Heidelberg, spricht am Mittwoch, den 18. Januar 1950, um 18 Uhr, im großen Hörsaal des Chemischen Instituts über das Thema „Mondbewegung, Erdrotation und das Zeitproblem der Astronomie.“

Versammlung der VVN

Bezirk West, Innenwest und Südwest. Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 19. Januar, um 20 Uhr, im „Felsenck“.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Baluch. Mittwoch, 18. Januar 1950, 20 Uhr, in der „Krone“, Mitgliederversammlung. Südwest. Donnerstag, 19. Januar 1950, 20 Uhr, im „Schrempfischen Bierkeller“, Mitgliederversammlung.

Handball in Nordbaden

Der Tabellenführer TSV Rot überwand die gefährliche Klippe in Beiertheim mit einem sicheren 2:9-Sieg. Die Hintermannschaft der Platzelf konnte nicht zu der Form auflaufen, die am vergangenen Sonntag den überraschenden Sieg über den VfL Neckarau sicherte.

Mit einem 16:5-Sieg konnte der Tabellenzweite, SpVgg. Ketsch, sein Torkonto weiterhin erheblich verbessern. Zweitausend einheimische Zuschauer waren mit den Leistungen ihrer Mannschaft, aus der Torwart Löblich herausragte, zufrieden.

Zu der erwarteten harten Auseinandersetzung kam es zwischen den beiden Mannschaften von der Bergstraße, Weinheim und Leutershausen. Die Platzelf 62 Weinheim erwachte erst, als es bereits 5:0 für die Gäste stand.

Der TSV Bretten verspürte den weiteren Formanstieg des SV Waldhof mit einer 8:12 Niederlage. Zeher, Klotz und Zimmermann waren die erfolgreichsten Stürmer beim Sieger.

Der VfL Neckarau mußte in den letzten Minuten um seinen 3:8-Erfolg bangen, da die verzweifelt gegen den Abstieg kämpfende

Karlsruhe. Nicht wenig erstaunt waren die Karlsruher Stadträte, als sie auf dem Tisch des Hauses in der letzten nichtöffentlichen Sitzung eine Eilvorlage vorfanden, in der die Stadtverwaltung beantragte, dem SPD-Stadtrat Helmut Stutz die weitere Ausübung seines Mandats zu verbieten.

Vor zwei Jahren war schon einmal durch eine Verfügung der inneren Verwaltung das Mandat von Stutz im Zuge eines Dienststrafverfahrens suspendiert worden. Am 20. Dezember hob die gleiche Behörde diese Suspendierung wieder auf. Aber in der Zwischenzeit, im November 1949, erfolgte der Ausschuß von Stutz aus der SPD durch einen Beschluß des Parteivorstandes in Hannover, weil er sich beharrlich weigerte, seine Funktion in der VVN niederzulegen und seine Mitgliedschaft in dieser Organisation aufzugeben.

Ein bestelltes Rechtsgutachten

Natürlich mußte sich die Stadtverwaltung für ihr Vorgehen gegen Stadtrat Stutz, wenigstens dem Schein nach, eine rechtliche Grundlage verschaffen. Also mußte ein Rechtsgutachten her. Den Auftrag dazu erhielt Beigeordneter Dr. Gutekunst. Nun ist dieser Herr sicher am allerwenigsten dazu berufen, ausgerechnet gegen Antifaschisten vorzugehen, nachdem er nicht nur Mitglied der NSDAP, sondern vor allem auch richterlicher Beisitzer während der Nazizeit war und bei Verurteilungen von Antifaschisten mitwirkte.

Mit allen erdenklichen juristischen Kniffen versuchte er dem Stadtrat die Rechtmäßigkeit des Ausschußbeschlusses gegen Helmut Stutz schmuckhaft zu machen. Auf die erst vor kurzem verabschiedete Geschäftsordnung des Stadtrats konnte er sich dabei kaum stützen, nachdem seine auf diesen Fall zugeschnittene Zweckvorlage in diesem Punkt auf Initiative der Kommunisten durch die Mehrheit des Hauses zu Fall kam.

Es bleibt eine unbestreitbare Tatsache, daß ein Mandatsträger, nach dessen Ausschuß aus der Wählervereinigung, die Ausübung des ihm von seinen Wählern übertragenen Amtes nicht aberkannt werden kann, wenn sonst keine schwerwiegenden Gründe gegen ihn vorliegen, die seinen Ausschuß dringend erforderlich machen.

Alle hier bei Stutz vom Neu-Demokraten Dr. Gutekunst herangezogenen „rechtlichen Grundlagen“ sind nicht haltbar und entbehren u. E. der rechtlichen Grundlage. Aber der Zweck heiligt ja bekanntlich die Mittel.

Um sicher zu gehen, daß nichts Unvorhergesehenes passiert, vergewisserte sich die Stadtverwaltung bei der Landesdirektion des Innern, daß diese Behörde im Falle einer Beschwerde von Stutz, keinen abweichenden Standpunkt vertreten wird. Man lud Stutz zu der Stadtratsitzung ein, ohne ihm ein Sternchen von dem geplanten Ausschuß mitzuteilen. Es war die Absicht vorhanden, ihm einen schimpflichen Abgang zu bereiten. Sein vorgesehener Nachfolger war schon anwesend und wurde noch in der gleichen Sitzung vereidigt.

Wie lange noch? Überfall durch Besatzungssoldaten

Karlsruhe. Drei amerikanische Soldaten, die sich gegen Mitternacht von einem Taxi zur Gaststätte „Jägerhaus“ bei Hagfeld fahren ließen, zwangen auf der Rückfahrt den deutschen Taxameterfahrer vor dem Ortseingang mit vorgehaltener Pistole zum Anhalten und Aussteigen.

Nachdem er Folge geleistet hatte durchsuchten sie ihn und raubten ihm seine Brieftasche mit Papieren und etwa 50 DM. Dann fuhren sie mit seiner Kraftdroschke noch davon.

Secckenheimer Elf kurz vor Spielschluß bis auf sechs zu acht herangekommen war. Jung und Kippahn stellten in dieser Situation den Sieg sicher. Nur 50 Zuschauer waren Zeuge dieses Kampfes, da der ganze Neckarau-Anhang beim Fußballkampf ASV Feudenheim-VfL Neckarau zugegen war.

Das Spiel SG St. Leon - TSV Birkenau mußte wegen der schlechten Bodenverhältnisse abgesetzt werden. Die Tabelle lautet jetzt:

Table with 4 columns: Team, Wins, Draws, Losses, Points. Includes teams like TSV Rot, SpVg Ketsch, TSV Birkenau, SG Leutersh., TSV Rintheim, VfL Neckarau, 62 Weinheim, SV Waldhof, TuS Beiertheim, SG St. Leon, 98 Secckenheim, TSV Bretten.

Die Gemeindeverwaltung Niefern will im Laufe des Jahres 1950 ein modernes Freibad mit einem Schwimmbecken von 50x25 Meter mit acht Bahnen errichten.

Die Spitzenschwimmer des 1. Badischen Schwimmclubs Pforzheim erhielten durch ihre Vereinsleitung Monatsfreikarten für das Stadtbad.

Ein Bütteldienst des Karlsruher Stadtrates

SPD-Stadtrat wegen VVN-Zugehörigkeit aus Partei und Stadtrat ausgeschlossen

der bisherigen Praxis der Rechtssprechung dieser Instanz wird der Beschluß des Stadtrats, Stutz das Mandat zu entziehen, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aufgehoben werden. Dann erhalten alle die ihre Quittung, die dieses schändliche Spiel trieben oder sich dafür mißbrauchen ließen. Immerhin teilte nach unseren Informationen mehr als ein Drittel der anwesenden Stadträte nicht die Auffassung der Stadtverwaltung.

Laßt Euch nicht beirren!

Stutz ist also in Wirklichkeit wegen seiner VVN-Zugehörigkeit zuerst aus der SPD ausgeschlossen und dann vom Stadtrat als Stadtrat abgesetzt worden, nur daß man hier andere Gründe vorschob.

Die VVN ist aber eine überparteiliche Organisation. Auf dem Parteitag der SPD in Düsseldorf erzwang der Parteivorstand einen Beschluß, daß die Mitgliedschaft in der VVN nicht mehr mit der Zugehörigkeit zur SPD vereinbar sei. Die Absicht dieses Verbotes war, die Kommunisten und sozialdemokratischen Mitglieder noch mehr als es bisher gelungen war, voneinander zu trennen. Seither

wurden auch in Karlsruhe alle erdenklichen Mittel gegen SPD-Mitglieder und Funktionäre angewandt, um sie zu zwingen, ihre Zugehörigkeit zur VVN aufzugeben. Nur die wenigsten Parteimitglieder sind bis heute diesem Beschluß nachgekommen. Gemeinsam mit den Kommunisten und anderen Gegnern des Naziregimes haben sie damals die Leiden einer grausamen Tyrannei auf sich genommen. Gemeinsam haben sie Widerstand geleistet und eine enge Kameradschaft hat sich aus dem gemeinsamen Kampf und dem gemeinsam getragenen Leid herausgebildet. Das paßt der Reaktion nicht und sie sieht im gemeinsamen Kampf von Sozialdemokraten und Kommunisten die größte Gefahr für ihre Herrschaft. Aber gerade die sich immer deutlicher abzeichnende Herrschaft der reaktionären Clique läßt in den Betrieben und Gewerkschaften Kommunisten und sozialdemokratische Arbeiter immer mehr zusammenrücken, denn den gemeinsamen Feind gilt es zu treffen. Gemeinsam muß man ihm zu Leibe rücken und seine Handlanger darf man dabei nicht übersehen!

Die Last der Besatzungskosten macht Nachtragshaushalt in Heidelberg erforderlich

Heidelberg. Die ungeheure Summe von 45,2 Millionen DM wird im Rechnungsjahr 1949/50 in Heidelberg allein durch die Besatzungskosten verschlungen.

Diese Tatsache stellt die Stadtverwaltung vor so gewaltige Schwierigkeiten, daß man sich wundern muß, wie man angesichts dieser Verhältnisse in der letzten Stadtratsitzung über den Nachtragshaushalt, das Wort von den „Dingen, an denen nichts zu ändern sei“, sprechen konnte.

Die kommunistische Stadtratsfraktion hat dem Nachtragshaushalt nicht zugestimmt und in ihrer Begründung auf ihre Ablehnung des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsplanes hingewiesen, der damals schon, wegen der in ihr enthaltenen Höhe der Besatzungskosten, die KPD-Fraktion veranlaßte, nein zu sagen.

Im Ausgabenetat des Heidelberger Haushaltsplanes waren ursprünglich 68702447 DM vorgesehen, wovon nicht weniger als zwei Drittel Besatzungskosten sind. Daß mit dem restlichen Drittel des Geldes nicht alle notwendigen und unaufschiebbaren Aufgaben zu finanzieren waren, war für jeden normal denkenden Menschen voraussehbar. Der jetzige Nachtragshaushalt übersteigt die vorgesehenen Ausgaben um rund 6 Millionen DM und macht eine Anleihe in Höhe von 2,1 Millionen DM erforderlich.

Als Begründung für diese Mehrausgaben wird die Fertigstellung der Brücke mit einer Million DM, sowie der Zuschuß für das Theater angegeben. Dies alles und noch mehr könnte auf der Ausgabenseite des Haushaltsplanes enthalten sein, ohne einen Nachtrag erforderlich zu machen.

UMSCHAU IM LANDE

Wegen Blutschande festgenommen. Stubbersheim (Iwb). In Stubbersheim im Landkreis Ulm wurden dieser Tage ein 46 Jahre alter Elektriker und seine 19jährige Tochter wegen Blutschande und Abtreibung festgenommen. Beide hatten von September bis November des vergangenen Jahres intime Beziehungen unterhalten, die bei der Tochter nicht ohne Folgen blieb. Um die Schwangerschaft zu unterbrechen fuhren beide zu einem Studenten der Chemotechnik in Göppingen, der gegen Zahlung von 75 DM an der Tochter des Elektrikers einen Eingriff vornahm.

Im Dezember 203 Feueralarme in Württemberg-Baden. Stuttgart. Die Feuerwehren in Württemberg-Baden wurden im Monat Dezember vergangenen Jahres 203mal alarmiert. Sie hatten 21 Großfeuer, 31 Mittelfeuer, 67 Kleinf Feuer zu bekämpfen und 71mal Hilfe sonstiger Art zu leisten. Der Gesamtschaden bei den Bränden und den sonstigen Vorfällen beträgt 370000 DM.

Gegenüber den Vormonaten ist die Zahl der Brände um 22 zurückgegangen. Bei Bränden

lich zu machen, wenn der Stadt Heidelberg für ihre eigentlichen Ausgaben, die im Interesse der Stadt liegen, mehr als nur ein Drittel zur Verfügung ständen, d. h. wenn die Besatzungskosten nicht den größten Teil unserer Steuergelder verschlingen würden.

Was nützen die Erklärungen über die unerträgliche Höhe der Besatzungskosten in Versammlungen und Reden, wenn dieselben Parteien, dort, wo es darauf ankommt, ihrer Meinung Gewicht zu verleihen, für diese Besatzungskosten bei der Abstimmung ihre Hand erheben? Was nützt es, vom fehlenden Geld und dem schwachen Finanzsäckel zu sprechen, wenn man gleichzeitig bedenkenlos einem Haushaltsplan zustimmt, der die Steuerproben des deutschen Menschen in ein Faß ohne Boden hineinschüttet. Man macht sich die Sache leicht, indem man davon spricht, daß man daran nichts ändern könne. Die Zustimmung zum Haushaltsplan als auch zum Nachtragshaushaltsplan der Stadt Heidelberg wiegt schwerer als alle sonstigen und zu nichts verpflichtenden Erklärungen über die unerträgliche Höhe der Besatzungskosten.

Dagegen Front zu machen und die Konsequenzen aus dem, was man sonst sagt, auch bei diesen wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen zu ziehen, wird allein eine Aenderung möglich machen, die aber nur dann wirksam werden kann, wenn die Voraussetzungen, nämlich Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug aller Besatzungstruppen, immer mehr zur Gesamtforderung aller politischen Kräfte in Deutschland wird. Dem Beispiel der KPD zu folgen, liegt im deutschen Interesse.

Abonniert das Badische Volksecho

Im Dezember wurden drei Feuerwehrmänner und drei Zivilpersonen verletzt. Die Feuerwehren wurden siebenmal böswillig und sechsmal „blind“ alarmiert.

HEIDELBERG

Polizeikladde vermerkt

Heidelberg. Eine Geldkassette mit 1000 DM und einem Barscheck wurde vor kurzem aus einem hiesigen Geschäftshaus entwendet. Man vermutet als Täter zwei mit Spitzen haasierende Zigeunerinnen. Der Einbruch war möglich, weil die Tochter des Hauses für kurze Zeit zum Einkaufen gegangen war.

Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang

Heidelberg. Ein Ehepaar, das sich in Richtung Eppelheim auf dem Nachhauseweg befand und dabei in verkehrswidriger Weise anstatt des Gehweges die rechte Seite der Fahrbahn benutzte, wurde von einem von hinten kommenden Sanitätskraftwagen erfaßt und in das neben der Straße liegende Gartengefände geschleudert. Der Fahrer gab an, er sei durch ein entgegenkommendes Fahrzeug geblendet gewesen. Während die Ehefrau durch den Unfall nur leichte Prellungen erlitt, verstarb der Ehemann auf dem Transport in die Chirurgische Klinik.

Vermutlich Brandstiftung

Bruchsal (Iwb). Auf dem Gelände des Gutshofes der Landesstrafanstalt Bruchsal brannten in der Nacht zum Freitag zwei Strohschuber nieder. Der entstandene Sachschaden konnte noch nicht festgestellt werden. Es wird Brandstiftung vermutet.

83jährige Frau verbrannte am Ofen

Bruchsal (Iwb). Einem tragischen Unfall fiel am Donnerstag eine 83jährige Frau aus Bruchsal zum Opfer. Während sie vor dem Ofen saß fingen ihre Kleider durch die herausfallende Glut Feuer und verbrannten. An den erlittenen Verbrennungen verstarb die Frau wenige Stunden später im Krankenhaus.

Giftmordversuch in Zaisenhausen/Sinsheim

Zaisenhausen (Iwb). Bei den Mitgliedern einer Familie in Zaisenhausen war vor einiger Zeit nach dem Genuß der Mittagssuppe starke Uebelkeit mit Erbrechen aufgetreten. Bei einer nachträglichen Untersuchung wurde in der Suppe Gift festgestellt. Auch das selbstgebackene Brot zeigte beim Anschneiden verdächtige grüne Spuren, die sich als Rattengift herausstellten. Nach langen Ermittlungen der Kriminalpolizei wurde die Tochter des Wohnungsinhabers, bei dem die betreffende Familie wohnte, verhaftet. Man vermutet einen Mordversuch aus Eifersucht. Die betroffene Familie wurde in einer anderen Wohnung untergebracht.

2490000 DM für den Wohnungsbau im Kreis Tauberbischofsheim

Tauberbischofsheim. Der Kreis Tauberbischofsheim erhielt im vergangenen Jahr von der badischen Landesdirektion insgesamt 2490000 DM zur Förderung des Wohnungsbaus. Die Mittel wurden etwa zur Hälfte an 200 private Bauherren, der Rest an sieben gemeinnützige Baugenossenschaften verteilt. 275 Wohnungen konnten mit Hilfe dieser Gelder im Kreis Tauberbischofsheim bisher fertiggestellt werden. Es fehlen noch über 5000 Wohnungen.

Übertragung von Verwaltungsaufgaben an die Kreisstädte

Der Landtag verabschiedete in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz über die Übertragung von Verwaltungsaufgaben an die unmittelbaren Kreisstädte. Die bisher von den Landratsverwaltern besorgten Aufgaben der Staatsverwaltung werden durch die Bestimmungen des Gesetzes den unmittelbaren Kreisstädten als der unteren Verwaltungsbehörde für ihr Gebiet übertragen. Das Gesetz führt eine Reihe von Aufgaben auf, z. B. die Regelung der Soforthilfe, die Betreuung der Flüchtlinge und die Aufgabe der Ernährungsämter, die weiterhin von den Landkreisen für die unmittelbaren Kreisstädte erledigt werden.

Advertisement for 'Soir de Paris' magazine, featuring the text 'Eine französische Revue im Passage-Palast' and 'AN unsere INSERENTEN!' with details about advertising rates and terms.

Advertisement for 'Schöpf' furniture store, featuring the text 'Großer Räumungsverkauf' and 'Beginn: Samstag, den 14. Januar 1950' with details about the sale and contact information.